

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

Nr. 33.1 (update)

Liebe Leute,

es kam mal wieder alles anders, als geplant. Eigentlich sollte die revista 33 zum 08.12.2006 fertig sein, aber dann streikte die Druckmaschine. Und nun sind einige Artikel nicht mehr wirklich aktuell, deshalb hier ein kurzer update zum 09.12.2006. Eigentlich solltet ihr auch noch einen Abriss über die Nazis, die am 09.12 in Cello unterwegs waren, erhalten – aber auch da wieder Probleme. Deshalb hier nur eine Kurzmitteilung:

Der „Worchsche Wanderzirkus“ war nun wirklich kein Kindergarten, auch wenn die ersten „Kameraden“, die sich am Bahnhof einfanden den Eindruck erwecken mochten. Anwesend war zu diesem Zeitpunkt bereits Detlef Brühl, ehemaliges Mitglied der Wiking-Jugend und der FAP (beide inzwischen verboten), der 1990 im Verlauf eines Pfingstlagers in Hetendorf (LK Cello) einen Journalisten mit einem Messer angriff. Später erschien noch Marco Siedbürger. Auch der sollte in Cello bekannt sein, so hat er doch im August 1999 in Eschede (ebenfalls LK Cello) zusammen mit einem Kameraden den „Alhippy“ Peter Deutschmann totgeschlagen. Ihr Opfer ist laut Staatsanwaltschaft jämmerlich gestorben und musste dreieinhalb Stunden in Todesangst um Luft ringen. Also bei weitem kein Kindergarten! Redner bei der Kundgebung am Lauensteinplatz waren neben Anmelder Christian Worch, Adolf Dammann und Hans-Gerd Wiechmann. Beide hatten im Verlauf dieses Jahres bereits Nazidemos in Cello angemeldet, die dann aber nicht zustande kamen. Weitere Redner waren Dieter Riefling und als Vertreter der Celler Kameradschaft 73 Dennis Bührig. Klaus Hellmund, Kopf der Celler Kameradschaft, glänzte durch Abwesenheit.

Wir hoffen, in der revista 34 dann die genaueren Infos, das who is who der Naziszene, nachzuliefern, was für Antifas ja doch immer von einiger Bedeutung ist.

Bis dahin, Eure revista-Redaktion

„Rosen auf den Weg gestreut“ (Tucholsky) Wie Stadtverwaltung und Polizei einen Naziaufmarsch durchsetzen

Sicherlich war es erfreulich, dass am 9. Dezember knapp 1000 Leute sich an den Aktionen gegen den Naziaufmarsch beteiligt haben. Der eigentliche Skandal sollte darüber aber nicht vergessen werden: Verwaltungsspitze und Polizei haben das ihnen Mögliche dazu beigetragen, dass rund 150 Neofaschisten fast unbehelligt durch Cello marschieren konnten.

Was die Gegendemonstranten bei aller Unterschiedlichkeit einte, war der Verweis auf die deutsche Geschichte: Seid wachsam! alerta antifascista! Bei der Frage, wie das am besten zu bewerkstelligen wäre, gingen die Auffassungen weit auseinander. Für die CDU, aus deren Ratsfraktion sich tatsächlich eine gute Handvoll Mitglieder beteiligte, kaute der MdB Henning Otte die Antitotalitarismus-Kamelle vom wehrhaften Verfassungsstaat gegen Links- und Rechtsextremismus durch. Die Pfiffe dagegen fielen fast zu harmlos aus. Die antifaschistische aktion cello (aac) verwies dagegen auf die rechtsextremistischen Einstellungen in der Mitte der Gesellschaft, wofür die herrschende Politik (imperialistische Kriege, repressive Armutspolitik, rassistische Ausländerpolitik) verantwortlich gemacht wurde.

Die CZ bemühte sich anschließend, die Gegendemonstration als eine Aktion des so genannten bürgerlichen Lagers auszugeben – und über ihre Definitionsmacht „gut“ und „böse“ daran zu messen, was der Polizei keine Arbeit bereitet. Tatsächlich bildete das bürgerliche Spektrum aber höchstens ein Drittel der Demonstration.

Die Gegendemonstration hätte, da sie von Antifas, SchülerInnen und GewerkschafterInnen dominiert war, die Kraft gehabt, den Naziaufmarsch zu verhindern, wenn ... Ja wenn, nicht die beantragte Demo-Route durch die Heese/Neustadt verboten worden wäre. Das ist als Skandal Nr. 1 festzuhalten: Oberbürgermeister Biermann hat, obwohl einstimmig vom Stadtrat dazu aufgefordert, den Naziaufmarsch nicht verboten, sondern erlaubt. Und er hat im Gegenzug die vom „Forum gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ beantragte Demoroute verboten. Der DGB, die ev. Kirche, die politischen Parteien sollten jetzt nicht so tun, als ob das ein „normaler Vorgang“ sei. Ist es nicht. Es ist, wie Tucholsky schrieb - den Nazis „Rosen auf den Weg gestreut“.



Den größten Block stellten SchülerInnen und Antifa hinter dem aac-Transparent:
"Nazis das Handwerk legen - Faschismus in seinen Wurzeln bekämpfen - Kapitalismus überwinden"

Der Skandal Nr. 2 ist dann das Verhalten der Polizei. Was hier in Celle inszeniert wurde, hatte Polizeistaatsqualität. Der Stadtteil Neustadt/Heese war zu großen Teilen eine abgesperrte Zone. Wer bekundete, gegen die Neonazis protestieren zu wollen, bekam entweder einen „Platzverweis“ für den gesamten Stadtteil oder musste Kilometer gehen oder fahren, um irgendwo erneut an einem Absperrgitter zu landen. Die Polizei hatte einen Ausnahmezustand hergestellt, in dem es „Bewegungsfreiheit“ oder die Möglichkeit zu einer protestierenden Meinungsäußerung nicht mehr gab. Was unter der Regie von Polizeichef Schomburg hier inszeniert wurde, war die Ausschaltung von „Demokratie“. Dass es einigen Mitgliedern des Forums gestattet wurde, mit Pfeifen gegen die Nazireden anzutrillern, war vor diesem Hintergrund eine scheindemokratische Farce.

Wenn die Neofaschisten um Christian Worch hierin eine Einladung sehen, Celle zu einer Hochburg ihrer Agitation machen zu wollen, ist dies von Martin Biermann und Gerd Schomburg zu verantworten.

revista

linke zeitung für politik und kultur aus cello

ausgabe
nummer **33**

Dezember 2006 / Januar 2007

Antifa jetzt auch noch mit CDU?

Antifa als eine Frage der "Stimmung"?

Alle guten Dinge sind drei - Für die Celler Neonazis nicht

Interview zum Rechtsrock

Wege aus der Globalisierungsfalle

Bedingungsloses Grundeinkommen



Inhalt

Antifa jetzt auch noch mit CDU?	Seite 03
Antifa als eine Frage der "Stimmung"?	Seite 04
Alle guten Dinge sind drei. Für die Celler Neonazis offensichtlich nicht.	Seite 05
Schmutzige Nazis jagen Kurden und jammern	Seite 06
Interview zum Rechtsrock	Seite 07
Vom Rand zur Mitte Rechtsextreme Einstellungen	Seite 08
Wege aus der Globalisierungsfalle Von Chancen und Risiken	Seite 11
Bedingungsloses Grundeinkommen Rückgewinnung von Würde?	Seite 12
Lokales - Meldungen	Seite 14
... neulich im Kapitalismus Der Genosse MinDewei und andere Gespenster	Seite 19
Rechtsextremist erstattet Selbstanzeige	Seite 20
Heydecke kann es nicht lassen	Seite 20
Man müsste es nur wollen - NPD-Verbotsverfahren	Seite 21
Leserbrief: Tatort Kongo	Seite 22
Gorleben - mit Rückenwind in die Pause!?	Seite 22
Literatur	
Radical Self - Wurzelkind	Seite 23
Die Platzanweiserin	Seite 24
Berliner Verhältnisse	Seite 24
Neuer Celle Krimi - "Das andere Blut" spielt im Milieu des Landgestüts	Seite 25
Termine im Kino 8 ¹ / ₂	Seite 26
Termine	Seite 27

Liebe Leute,

in unserer letzten Ausgabe in diesem Jahr, ist jede Menge Antifakrams zu lesen. Das ist auch kein Wunder, hatten wir doch ein Jahr lang die "Freude" uns hier vor Ort mit Kameradschaften, Worch, NPD.... ganz unmittelbar auseinander zu setzen.

Freuen wir uns auf ein hoffentlich nazifreies 2007

Prost Neujahr und hoch die (Tee)-Tassen.

Eure Revistaredaktion

Liebling der Ausgabe:

1. (-) Gert-Wilhelm Gonell,
Ex-Kopekenscheich der Stadt
2. (-) Marc Seemann,
Fürsprecher von Service & Denunziation
3. (1) Klaus Wiswe,
Zwinkerer aus Herzog Widukinds Stamm
4. (2) Joachim Falkenhagen,
aufwändige Angelegenheit
5. (-) Wolf Wallat,
für niedersächsische Gemeinschaftsgefühle

Impressum:
Revista, Nr.33
Erscheinungsweise: alle 2 Monate, liegt kostenlos in diversen Kneipen und Läden aus, kann aber auch gerne gegen Portokosten abonniert werden (5 Stück für 5,- Euro).
Postanschrift: Revista, c/o Buntes Haus, Postfach 1329, 29203 Celle
email: Revista@gmx.de .V.i.S.d.P.: Ralf Hübner
Konto: SKI, Sparkasse Celle, BLZ 25750001
K-Nr.: 108 099 698, Stichwort "Revista"
Beiträge, die mit Gruppennamen oder Personenkürzel gekennzeichnet sind, geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder!
<http://mitglied.lycos.de/Revista/>

Antifa jetzt auch noch mit CDU?

Ob sich Wilfried Hasselmann im Grab umdreht? Oder eher Gertrud Schröter? Der Beschluss des Stadtverbandes der Celler CDU, seine Mitglieder zur Beteiligung an einer antifaschistischen Demonstration aufzurufen, wäre wohl ein Anlass. Gänzlich überraschen kann dies jedoch nicht. Denn die propagandistische Ausdauer der Kameradschaftsszenerie und die letzten Wahlerfolge der NPD haben andernorts seit längerem dazu geführt, dass Politiker aller Parteien im Rahmen breiter Bündnisse gelegentlich gegen Neonazis auf die Straße gehen.

Wichtiger für die lokale Szenerie in Celle ist aber zunächst mal, dass man sich nach dem Nebeneinander von bürgerlichem "Gesicht zeigen!" und - in engem Sinne - antifaschistischer Praxis, wie sie sich in VVN-Kundgebung und anschließender Spontandemonstration ausdrückte, jetzt auf eine gemeinsame Demonstration am Ort des Geschehens geeinigt hat.

Ob die Gegendemonstration aber nun tatsächlich durch die Neustadt gehen wird, ist - wo wir dies schreiben - noch offen. Als der Rat am 28.11. einstimmig beschloss, es müsse ein deutliches Zeichen gegen Neofaschismus gesetzt werden, hatte die Verwaltung im Stillen schon entschieden, die beantragte Route nicht zu genehmigen. Ein Affront gegen das breite antifaschistische Bündnis, dem dieses mit rechtlichen Schritten begegnen wird. - Der Witz am Rande: Die wahrscheinlich erste Demonstration, zu der der CDU-Stadtverband überhaupt je aufgerufen hat, könnte verboten werden.

Manch eine hätte im übrigen gern auf die "Unterstützung" durch die CDU verzichtet. Die Kampagne gegen kurdischen Immobilienbesitz, die Gleichgültigkeit gegenüber der An-

Der Demonstration von DGB und Bündnisgrünen am 28.10. folgten rund 120 TeilnehmerInnen. Auf der Abschlusskundgebung in den Triftanlagen sprachen Hartwig Erb (DGB) und Georgia Langhans (Bündnisgrüne).



schlagserie auf kurdische Geschäfte, die Ausgrenzung der Flüchtlinge und und und ... sind uns allen gut im Gedächtnis. Die CDU hat aber scheinbar registriert, dass sie mit dieser Linie zu einem für sie wichtigen gesellschaftlichen Bereich zunehmend in Konflikt gerät, nämlich der evangelischen Kirche. Dazu kommt, dass Worchs Wanderzirkus - aus pragmatischen Gründen - auch Stadtverwaltungen und Polizei in erheblichem Umfang nervt.

Der Konflikt, vor dem engagierte AntifaschistInnen stehen, aber greift ja tiefer: Die Politik aller an Bundes- und Landesregierungen beteiligter Parteien enthält Elemente von sozialer und rassistischer Ausgrenzung und stützt die auf die weltweite Durchsetzung deutscher Interessen ausgerichtete Außenpolitik. Von daher meinen manche, sei es vergleichsweise egal, ob man nun mit einem CDU-Stadtverbandsvorsitzenden oder einem SPD-Unterbezirksvorsitzenden demonstriert. Was intendiert, konsequenterweise am besten ohne sie.

Aber: Als politische Bewegung hat der Neofaschismus eine eigene Qualität und Dynamik. Die das im Nationalsozialismus als Verfolgte erlebt haben, sind deshalb in aller Regel an möglichst breiten antifaschistischen Bündnissen interessiert. Insoweit hätte die langjährige Vorsitzende der Celler VVN/BdA, Gertrud Schröter, sich zwar ob des Bekenntnisses der CDU gegen Neofaschismus die Augen gerieben - aber sie hätte dies als Erfolg antifaschistischer Politik eingeordnet.

Und der alte Rechtsausleger Wilfried Hasselmann? Nicht dass er unbedingt was übrig gehabt hätte für Neofaschisten vom Schlage Worchs. Aber: Nicht gegen, sondern mit Linken auf die Straße zu gehen, wäre ihm wohl unmöglich gewesen.



Gut 200 Menschen beteiligten sich an der von der VVN/BdA angemeldeten Kundgebung, auf der u.a. Charly Braun (DGB) redeten.

Celle, 01.12.2006

Antifa als eine Frage der "Stimmung"?

"Bunte Vielfalt statt brauner Einfalt" - das Motto der von Bündnisgrünen und DGB angemeldeten Demonstration am 28.10. fand die Cellesche Zeitung so toll, dass man es in der Artikelüberschrift der Berichterstattung übernahm. Schon der erste Satz des Artikels aber konnte irritieren: "Rund 140 Menschen demonstrierten am Sonnabend gegen den ursprünglich für diesen Tag geplanten Nazi-Aufmarsch in der Herzogstadt." Was war mit den anderen 200, die sich am Nachmittag an der Kundgebung der VVN/BdA und der anschließenden Spontandemonstration beteiligten? Eine Bildunterschrift informierte so: "Friedlich war die Demo von Grünen und DGB - danach schlug die Stimmung um." Dabei verließ man sich voll und ganz auf den Polizeibericht; ging wohl auch nicht anders, denn außer dem CZ-Fotografen war weder bei der Kundgebung noch bei der Demonstration ein Journalist vor Ort.

Der Polizeibericht trug die Überschrift: "Demonstrationen am 28.10.2006 in Celle ohne nennenswerte Zwischenfälle beendet". In der CZ konnte man lesen: "Aggressive Protestler aus linker Szene verletzen bei Spontan-Aufzug einen Polizisten".

Journalistische Einfalt? Nein. Es ist das alte Spielchen, das die so genannte vierte Gewalt (Presse) immer dann an der Seite der dritten Gewalt (Polizei) stehen lässt, wenn's in den Kram passt. Was die CZ nicht interessierte, war, wie es zu der "leichten" (so der Polizeibericht) Verletzung des Beamten kam und auch nicht die Frage, wie die Polizei zu ihrer Beurteilung einer "aggressiven Stimmung" unter den Teilnehmern gelangte?

Als die Spontandemonstration sich auf der Bahnhofstraße befand, versuchte die Polizei kurz den Demonstrationszug zu stoppen. Als sich Demospitze und Polizeikette gegenüberstanden, kam ein Beamter ins Straucheln - das war alles. (Jede Wette, dass ihm diese "leichte Verletzung" keinen einzigen Krankheitstag beschert hat.)

Die Polizei hat selbstverständlich ein Interesse daran, ihren "Großeinsatz" zu rechtfertigen - da muss dann eben ein Verletzter her und es muss eine aggressive Stimmung erfüllt werden. Was der Polizeisprecher als aggressiv empfand, war die Entschlossenheit der TeilnehmerInnen eine Spontandemonstration durch die Heese durchzusetzen. Das



Im Anschluss an die VVN-Kundgebung setzte sich aus den Trifftanlagen heraus eine Demonstration in Gang, die zwar in der Bahnhofstraße von der Polizei zwar kurz gestoppt, dann aber als Spontandemonstration angemeldet, unter lockerer polizeilicher Begleitung durchgeführt wurde.

und der eher ungewöhnlich disziplinierte Charakter der Demonstration führte aber sogar dazu, dass sich etliche Menschen anschlossen, die höchstwahrscheinlich sonst nicht allzu oft in der Nähe des so genannten Schwarzen Blocks demonstrieren.

Das passt nicht ins Bild der Schomburgschen Gewaltszenarien und auch nicht ins Interesse jener, die zwar gern verkünden, man wolle "den rechten Volksverhetzern keinen Fußbreit Boden im Celler Land überlassen", aber die Mittel scheuen, mit denen dies zumindest gegenüber Nazi-Aufmärschen machbar wäre.

Erfreulicherweise entschied sich das Celler Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus als Konsequenz aus den Aktionen des 28. Oktober, für den 9. Dezember eine Gegendemonstration durch die Neustadt anzumelden, in der die Nazis die Route für ihren erneuten Versuch anmeldet haben.

Wer unter "bunter Vielfalt gegen braune Einfalt" nur Erbsuppe von der Bundeswehr und Kinderschminken (nichts gegen Erbsuppe und Kinderschminken) versteht, wird dem Ernst einer konsequenten Politik gegen neofaschistische Organisation und Gewalt nicht gerecht.

Alle guten Dinge sind drei...

...für die Celler Neonazis aus dem Umfeld der nazistischen Kameradschaft 73 offensichtlich nicht, denn auch der dritte Versuch in diesem Jahr in Celle ein Demonstration durchzuführen schlug fehl. Und wieder mal lag es am eigenen Unvermögen. Bereits im Januar wurde ein von dem Hamburger Neonazi Christian Worch, angemeldeter Naziaufmarsch verboten und Worch versäumte rechtzeitig Klage einzureichen, so dass das Verbot rechtskräftig wurde und der Aufmarsch nach Lüneburg verlegt wurde. Einen weiteren Versuch unternahm der niedersächsische NPD-Funktionär Adolf Dammann und meldete für den 8. April eine Demonstration an, diese zog er aber selber wieder zurück, weil am selben Tag in Mannheim eine bundesweite rechtsextremistische Demonstration für mehrer inhaftierte Holocaustleugner stattfinden sollte.

Der dritte Versuch stammte von dem ehemaligen niedersächsischen Landesvorsitzenden der Republikaner und jetzigem Mitglied des "Sozialpatriotischen Bündnis Lüneburg" Hans-Gerd Wiechmann. Unter dem Motto: "Gegen linke Gewalt und staatliche Repressionen" meldete er für den 28.10.2006 erneut einen Aufmarsch in Celle an. Am selben Tag sollte in Göttingen eine Demonstration der Rechten stattfinden, dort wurde ihnen aber nur eine stationäre Kundgebung erlaubt. Deshalb wurde für die "demoorientierten" Teilnehmern noch der Aufmarsch in Celle angemeldet.

Am 26.10.2006 hat das Verwaltungsgericht Lüneburg den Aufmarsch in Celle verboten. Begründet wurde das Verbot dadurch, dass sich die Polizei nicht in der Lage sah, die Sicherung des "Umzuges" zu gewährleisten. Hierfür hätte sie nach eigenen Angabe 2.500 Polizisten benötigt, diese stehen aber nicht zur Verfügung weil bereits in Göttingen "6000 Polizisten im Einsatz" sind. Für Celle wären laut Polizei und Innenministerium nur noch 800 - 900 Polizisten einsatzbereit und das soll nicht ausreichend sein.

Obwohl der Neonazi Wiechmann bereits im "Nationalen Forum Sachsen" am 23.10.2006 angekündigt hat, Rechtsmittel bis zur letzten Instanz einzulegen wurde danach aus "taktischen Gründen auf einen Rechtskampf" verzichtet. Doch das dürfte nur die halbe Wahrheit sein. Denn gegen das Verbot der Stadt Celle hat der Anmelder "vorläufigen Rechtsschutz beantragt, um die Durchführung des Umzuges zu ermöglichen". Dieser Antrag wurde vom Verwaltungsgericht abgelehnt, weil "der Antragsteller gegen das Verbot keine Klage erhoben hat. Der Antrag ist auch unbegründet, weil das Verbot rechtmäßig ist." Im Grunde derselbe Verfahrensfehler, der Worch bereits im Januar passierte.

Die Mobilisierung der Celler

Nazi verlief insgesamt schleppend. Die ursprünglich von dem Celler Nazi Klaus Hellmund betreute Mobilisierungsseite im Internet www.frontstadt-göttingen.de wurde zeitweilig nicht mehr gepflegt und dann von Hildesheimer Nazis unter dem "copyright" bfz-hildesheim übernommen. Die Celler Naziseite berichtete nur in aller Kürze.

Trotz allem soll jetzt ein vierter Versuch stattfinden. Für den 9.12.2006 hat erneut Christian Worch einen Aufmarsch angemeldet, diesmal unter den Motto: "Gegen Repressionen - Für Demonstrationsfreiheit". Auftakt soll um 12 Uhr am Bahnhof in Celle sein und anschließend soll es nach dem Willen der Neonazis eine Demonstration durch das Heesegebiet geben. In ihrem Aufruf werden politische Gegner als "Linksfaschisten", "Gutmenschen", "Zecken", "verdummte Menschenmasse" oder als "Systembüttel" verunglimpft. Sich selbst stellen sie wie immer als Opfer dar, die sich "immer neuen Schikanen" ausgesetzt sehen.

Für den Aufmarsch wurde wieder eine eigene Mobilisierungsseite ins Netz gestellt, die wiederum von den Hildesheimer Nazis betreut wurde. Auf ihren eigenen Seiten haben die Celler Nazis es noch nicht einmal fertig gebracht, auf den neuen Demotermin hinzuweisen. Im Augenblick sind alle Naziseiten aus dem Umfeld der Kameradschaft 73 und die Mobilisierungsseite zum 09.12. offline.

Ledig Denis Bührig versucht derzeit noch für den Aufmarsch zu werben. So schreibt er unter dem Pseudonym "Odal" fast schon im Stile von Durchhalteparolen: "Ich kann jedem Zweifler hundertprozentig versichern, dass es dieses mal keine Gründe für einen "Rückzug" oder einen nicht bis zum Ende gekämpften Rechtskampf geben wird!"

Gleichzeit beklagt er sich aber in dem Forum des rechtsextremen Wikingerversand, dass mittlerweile vier rechte Demonstrationen am 09.12. stattfinden und fürchtet offenbar dadurch eine verringerte Teilnehmerzahl. DK



Die Spontandemonstration, der sich fast alle KundgebungsteilnehmerInnen anschlossen, wurde auf jener Route durchgeführt, die ursprünglich von den Nazis angemeldet worden war. Sie hatten letztlich darauf verzichtet, gegen das Demonstrationsverbot der Stadt Celle zu klagen und ausschließlich ihre Kundgebung in Göttingen abgehalten.

Schmutzige Nazis jagen Kurden und jammern



Celle. Am 09. Dezember wollen Neonazis unter dem Motto: "Gegen Repression - für Demonstrationsfreiheit" in Celle einen Aufmarsch durchführen. Zur Mobilisierung haben sie eine Extraseite ins Internet gestellt. Auf dieser beklagen sie sich über "staatliche Repressionen und polizeiliche Gewalt in Celle". Laut Eigendarstellung haben sie sich am 10. November dieses Jahres in Celle in der Gaststätte Bayrische Botschaft zu einer "ganz normalen" Geburtstagsfeier getroffen. Gegen zwei Uhr wurde sie zuerst von einer kleinen Gruppe Kurden beschimpft und dann nahm die Polizei "ohne erkennbaren Grund (...) einige Kameraden (...) mit äußerster Brutalität in Gewahrsam."

Eine für Neonazis übliche Masche sich selbst stets als Opfer darzustellen. Mit der Realität dürften diese Hirngespinnste nicht viel gemein haben und so verwundert es auch nicht, dass der Vorfall in der örtlichen Presse ganz anders dargestellt wird. Als zwei Männer kurdischer Herkunft das gegenüberliegende Lokal "Sportsbar" verließen, stürmte eine 20 köpfige Nazibande aus der Bayrischen Botschaft und bedrohte die beiden Männer: "Euch machen wir kalt, haut ab". Die Männer wurden geschubst, als Kanacken bezeichnet und gefragt ob sie schon mal ein KZ von innen gesehen hätten. Bevor schlimmeres geschah, konnten die beiden in die Bar flüchten. Der Versuch der Neonazis in die Bar einzudringen konnte verhindert werden. Die darauf hin anrückende Polizei bekam die betrunkenen Nazihorde nur mit Schlagstock- und Pfeffersprayinsatz unter Kontrolle. Laut taz vom 16.11.06 soll sich auch der ehemalige Funktionär der mittlerweile verbotenen Freiheitlichen Deutsche Arbeiterpartei (FAP) Dieter Riefing aus Hildesheim vor Ort befunden haben.

Vier Celler Neonazis wurden eingefahren und fünfzehn Platzverweise ausgesprochen. Gegen die beteiligten Nazis wird nun wegen Bedrohung, versuchter gemeinschaftlicher Körperverletzung, Landfriedensbruchs und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte ermittelt.

Das war allerdings nicht das erste rechte Treffen in dem Celler Lokal Bayrische Botschaft. Bereits am 7. Juli dieses Jahres trafen sich dort 70 Neonazis aus dem gesamten norddeutschen Raum. Die Celler Polizei konnte an diesem Treffen trotz rechter Türsteher keinen rechtsradikalen Hintergrund

erkennen. Und auch der Wirt Rüdiger Räge tat so, als wüsste er von nichts: "Jeder Cent zählt. Ich würde auch die Kommunisten nehmen." Offensichtlich eine reine Schutzbehauptung, denn am 17. September 2006 sollte in Celle ein Rechtsrockkonzert im Anschluss an rechten Aufmärschen im nördlichen Nordrhein-Westfalen stattfinden. Räge ist zusätzlich Pächter des Vereinsheims des Schützenvereins Neustadt-Altenhäusen. Hier sollte das von Andreas Nickel aus Klötze organisierte Nazikonzert mit den rechten Gruppen "The force crusader", "Burn down", "Feher torvenny", "Project vril", "Außer Kontrolle" und "Legion of Thor" stattfinden. Trotz Polizeiaufforderung trat Räge nicht von dem Unterpachtvertrag mit Nickel zurück und so untersagte die Polizei aus gefahrenabwehrenden Gründen das Konzert, denn immerhin lagerten im Schützenheim scharfe Waffen und Munition.

Dafür, dass Räge sich als unpolitischer Geschäftsmann gibt, setzt er sich auffällig intensiv für die Celler Neonazis ein, so dass seine Beteuerungen ad absurdum geführt werden. Etliche der enttäuschten Konzertbesucher, darunter Mitglieder der Kameradschaft "Snevern Jungs" aus Schneverdingen und der Kameradschaft 73 aus Celle versammelten sich anschließend in der Bayrischen Botschaft. Die Polizei erteilte den dort anwesenden Nazis für die Gaststätte und dem Nahbereich einen Platzverweis.

In einem Lied der vorgesehenen Gruppe "Legion of Thor" vom ihrem indizierten Album "The 4th Crusade" heißt es: "Diese Masse von Dreck in Berlin, wenn ich durch die Straßen geh. Deutsche Kultur ist nicht mehr vorhanden, Parasiten machen sich hier breit. Nur noch Dönerstände und Mafiabanden". Kein Wunder also, dass die beiden Männer mit kurdischer Herkunft Opfer des Naziangriffs wurden.

Nach dem Überfall wurde die Bayrische Botschaft vorübergehend vom Landkreis geschlossen, weil "erhebliche hygienische Mängel" festgestellt wurden; verklebter Küchenboden, angetrocknete Speisereste, vergammelte Lebensmittel und im Hof ein "ein Paradies für Ratten" mit Müllsäcken und überfüllten Abfalltonnen.

Das ist für deutsche Saubermänner natürlich ein bitterer Vorwurf und so weinen sich die Celler Nazis auf ihrer Mobilisierungsseite in Kleinkindermanier darüber aus, dass es in Celler "Dönerläden" wahrscheinlich viel schmutziger ist.

Dabei sind sie nicht das erste Mal mit solchen Vorwürfen konfrontiert. Am 20. April 2001, also an dem Geburtstag Adolf Hitlers sollte in Adelheidsdorf im Landkreis Celle ein Nazikonzert stattfinden. Dieses wurde von der Polizei unter-

Dokumentation: Beitrag der Antifaschistischen Aktion Celle auf Indymedia vom 28.11.2006 - <http://de.indymedia.org/2006/11/163222.shtml>

bunden und in dem entsprechenden Artikel der Celleschen Zeitung hieß es zum Veranstaltungsort "Das Gebäude machte einen recht verwahrlosten Eindruck. Gasflaschen, Müllsäcke, jede Menge Gerümpel und sogar Exkrememente lagen herum."

Am 09. Dezember wollen die Celler Saubermänner nun in Celle aufmarschieren um ihren geistigen Schmutz zu verbreiten.

Zeigen wir ihnen, was wir von ihnen und ihrem faschistischen Gedankengut halten.

NAZIAUFMARSCH am 09.12. IN CELLE VERHINDERN!

Infos unter: www.kein-naziaufmarsch.tk und www.antifaschistischeaktioncelle.tk

"Rechtsrock ist nicht Ursprung für neonazistisches Gedankengut, sondern die Konsequenz daraus"

Interview mit Karsten Markovits

Mitte September hat die Polizei die Durchführung eines von Neonazis in Celle geplanten Konzerts verhindert. Im Vereinsheim der Schützengesellschaft Neustadt-Altenhäusen sollten sechs Nazi-Rockbands auftreten. Im März 2005 hatte dagegen in Bröckel im Landkreis Celle ein Konzert mit 100 Besuchern stattfinden können. Revista sprach mit Karsten Markovits, Mitarbeiter des Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums (www.apabiz.de) in Berlin, der sich in diesem Rahmen intensiver mit dem Thema "Nazi-Rock" beschäftigt.

Die Rechtsrock-Szenerie ist seit einigen Jahren fester Bestandteil der rechtsextremen Bewegung in der Bundesrepublik. Welche Ziele werden damit verfolgt?

Rechtsrock ist in der Tat seit annähernd drei Jahrzehnten Bestandteil der rechtsextremen Bewegung in Deutschland. Vor allem ab Beginn der 90er Jahre gewann dieses Spektrum - parallel zum Erstarken der rechtsextremen Bewegung allgemein - an Breite. Rechtsrock wurde und wird sowohl von den Akteuren selbst, aber auch von Beobachtern der Szene, Pädagogen, "den" Medien als das Patentrezept zur Rekrutierung von Nachwuchs schlechthin eingestuft. Demgegenüber ist mit Blick auf die diesbezügliche Forschung davon auszugehen, dass Rechtsrock keineswegs als "Einstiegsdroge" wirken kann. Sie besitzt aber sehr wohl eine identitätsstiftende Wirkung für Personen, die sich bereits der neonazistischen Bewegung verbunden fühlen. Und in diese Richtung tendiert auch die Bedeutung von Rechtsrock-Konzertveranstaltungen, sie fungieren - wie es aus anderen Jugendkulturen auch bekannt ist - als Ort der Vergemeinschaftung, sprich um sich unter Gleichgesinnten auszutauschen und um Bekanntschaften zu schließen oder zu vertiefen. Daneben erfreuen Konzerte die Besucher natürlich auch dadurch, dass sie hier Bands sehen, welche sie im Normalfall nur mittels CD-

Player oder I-Pod hören können.

Wer organisiert derartige Konzerte?

In Bezug auf Rechtsrock-Konzerte ist im Überblick festzustellen, dass in den letzten Jahren eine Entwicklung weg von großen, überregionalen Events hin zu kleinen regionalen Konzerten stattgefunden hat. Ursächlich hierfür ist in erster Linie, dass eine - bundesweit fast flächendeckende - Festigung der Neonazi-Strukturen stattgefunden hat, die einerseits regional eine gestiegene Nachfrage nach Konzerten mit sich bringt und andererseits auch das Potential bietet, mehrere Konzerte in Deutschland an einem Abend durchführen zu können. Organisiert werden diese Konzerte meist von regionalen, langjährigen Aktivisten, da sie die Kontakte besitzen, um ein-



Mitglieder der für das geplante Nazi-Konzert vorgesehenen Band "Legion of Thor"

erseits an die relevanten Bands heranzukommen und um andererseits die für diese Konzerte notwendige Infrastruktur - wie Räumlichkeiten - zu organisieren. Ob diese Akteure unter einem bestimmten Label - sprich Organisationsnamen - agieren ist meist nebensächlich, da sie als "alte Hasen" in der Szene bekannt sind und über entsprechendes Prestige verfügen.

Für das Konzert im September waren als Bands angekündigt: "The force crusader", "Burn Down", "Feher Torveny", "Projekt Vrill", "Außer Kontrolle" und "Legion of Thor". Sind diese Bands in der Szene bekannt?

Die neonazistische Bewegung in Deutschland hat sich in den letzten - etwa 15 - Jahren einer - im Hinblick auf das Auftreten - veritablen Generalüberholung unterzogen. Verengt man die Betrachtung auf deren jugendlichen Teil, ist sie heute rein äußerlich ein äußerst bunter Haufen - mit Punks, Skinheads, Heavy-Metals, Hip-Hoppern und einem großen Teil subkulturell nicht auffälliger Akteure. Gemeinsame Nenner aber sind meist die bekannten neonazistischen Ideologiefragmente wie Verherrlichung des historischen Nationalsozialismus, Rassismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus. Diese werden - vom Style her zugeschnitten auf die subkulturellen Spezifika - mittels Codes, Symbolen und eben auch Musik transportiert.

Und bezeichnend für diese Entwicklung ist die Zusammensetzung der für diesen Abend geplanten Bands. Vertreten waren beispielsweise: die Hard- bzw. Hatecore-Band "Burn Down" um den Sänger der in Szenekreisen enorm bekannten und beliebten Formation "Proissenheads", Uwe Menzel, aus Potsdam, die Punk- bzw. Oi-Band "Feher Torveny" aus Ungarn, die u.a. im letzten Jahr bei zwei sog. Memorial-Konzerten für Ian Stuart Donaldson, dem Mitbegründer von "Blood & Honour", aufgetreten ist, und außerdem mit der Band "Projekt Vrill" eine Vertreterin des Genre Black Metal, die dieses Jahr u.a. beim "Rock für

Deutschland" der NPD in Gera aufgetreten ist. Mit der Band "Legion of Thor" sollte zudem eine Band auftreten, die zu den langlebigsten in Deutschland zählt und die als "Blood & Honour" nahe stehend eingestuft wird.

Gibt es in antifaschistischen Initiativen eine Diskussion, wie dieser über Musik vermittelten Neonazi Subkultur begegnet werden kann?

Wie ich weiter oben bereits angedeutet habe, ist - kurz gesagt - davon auszugehen: Rechtsrock ist nicht Ursprung für neonazistisches Gedankengut, sondern die Konsequenz daraus. Insofern erscheint es weniger sinnvoll, sich zu stark auf Symptome zu fokussieren. Vielmehr sollten gesellschaftliche Ursachen für das Entstehen rechtsextremer Einstellungen problematisiert und das Bemühen gesteigert werden, diese durch präventive Interventionsarbeit einzudämmen. Am Anfang könnte in diesem Zusammenhang beispielsweise stehen, eine Debatte über rechtsextreme Potentiale in der Bevölkerung zu initiieren, ohne dabei den Fokus auf die NPD und den Rechtsrock zu richten.

Literaturtipps zum Thema Rechtsrock:

+ Dornbusch, Christian und Raabe, Jan (Hg.): RechtsRock. Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster 2002.

+ Baacke, Dieter u.a. (Hg.): Rock von Rechts II. Milieus, Hintergründe und Materialien, Bielfeld 1999.

+ Forschungszentrum Populäre Musik der Humboldt-Universität Berlin (Hg.): Rechte Musik PopScriptum 5), www2.hu-berlin.de/fpm/popscrip/themen/pst05/index.htm, Berlin 1995.

+ Die Homepages: www.turnitdown.de und www.keinbockaufnazis.de

Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland

Vom Rand zur Mitte



Rechtsextremes Gedankengut findet sich nicht nur am rechten Rand der Gesellschaft, sondern auch in deren Mitte, quer durch alle

Bevölkerungsschichten, Bundesländer, Generationen und bei den Wählern aller Parteien. Um das mitzubekommen, muss man eigentlich nur in der Frühstückspause, in der Kneipe oder bei Familienfeiern mal zuhören. Eine bereits seit 2002 an der Universität Leipzig durchgeführte Langzeitstudie bestätigt diese Eindrücke empirisch.

"Vom Rand zur Mitte - Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland" heißt die Studie, die im November mit den Ergebnissen des Jahres 2006 präsentiert wurde. Die wissenschaftliche Leitung der Untersuchung lag bei Prof. Dr. Elmar Brähler, Leiter der Abteilung für Medizinische Psychologie und Medizinische Soziologie der Universität Leipzig und dessen Mitarbeiter Dr. Oliver Decker. Mit der praktischen Durchführung der Repräsentativerhebung unter 5036 Deutschen wurde ein unabhängiges Meinungsforschungsinstitut (USUMA) beauftragt.

Die Untersuchung selbst ist relativ einfach gestrickt. Im Mai und Juni 2006 wurden 5036 Personen, 3.876

Westdeutschen und 996 Ostdeutschen, alternativ einige Sätze vorgelegt, von denen die Befragten sagen sollten, ob sie ihnen voll und ganz zustimmen oder teilweise, oder ob sie diese überwiegend oder völlig ablehnen.

Zum Thema "Ausländerfeindlichkeit" etwa waren vorgegeben: "Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen." / "Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken." / "Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährliche Maße überfremdet."

Und da fährt einem dann schon der Schreck in die Glieder, wenn die Zustimmung zum letzten dieser Sätze bei 38 Prozent liegt, weitere 28 Prozent sich dieser Aussage gegenüber indifferent verhalten und nur 32 Prozent sie ablehnen. Die Unterschiede zwischen den Befragten aus Ost- und Westdeutschland sind hier eher gering; 40,5 % im Osten und 38,8 % im Westen; bei den anderen beiden ausländerfeindlichen Statements liegt der Osten etwas deutlicher vorn.

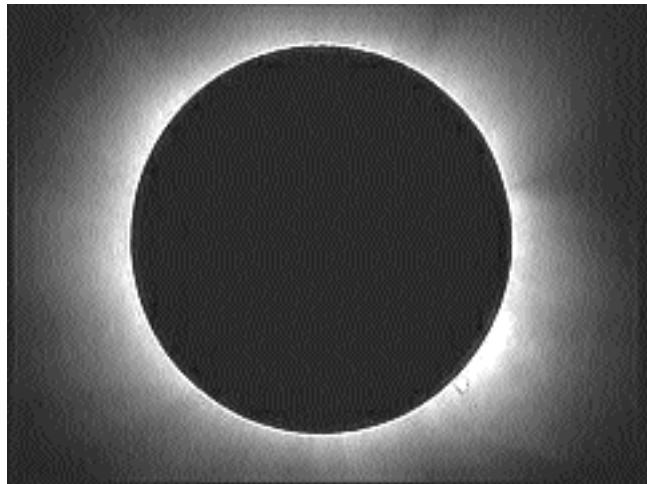
Neben der Ausländerfeindlichkeit wurden weitere Dimensionen rechtsextremer Einstellungen untersucht: Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus.

Besonders ausgeprägt war noch, was die Studie >Chauvinismus< nennt. Ein "hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland" befürworteten 30,8 %; dass wir "endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben" sollten, meinen 38,5 %.

Der Rest an Gedankenmüll findet dann die Zustimmung, die man kennt und erwartet. Die antisemitischen Stereotypen unterstützten 13 bis 18 %, wobei der Unterschied zwischen Ost und West auffällt. Während 20,1 % der westdeutschen Befragten dem Satz zustimmten, wonach der Einfluss der Juden auch heute noch zu groß sei, waren es im Osten nur 9,2 %. Dieser Unterschied ist dann auch ausschlaggebend dafür, dass mehr Menschen im Westen (9,1 %) ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild haben als im Osten (6,6 %) - als "geschlossen rechtsextremes Weltbild" wird in der Gesamtschau eine durchgängige Zustimmung zu allen vorgegebenen Sätzen interpretiert.

Einen >Führer< wollten 15,2 %, eine "starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert", ein Viertel der Befragten (26 %). Deshalb ist es nur konsequent, wenn 12,6 % im Westen (gegenüber nur 7,7 % im Osten) meinen: "Ohne Judenvernichtung würde man Hitler heute als großen Staatsmann ansehen." Angesichts der Ergebnisse sollte sich die Forschungsgruppe allerdings mal überlegen, was die Einschränkung mit der Judenvernichtung eigentlich soll - die verwirrt ein Viertel der Befragten doch nur.

"Die höchsten Zustimmungswerte erhalten bundesweit chauvinistische, ausländerfeindliche und antisemitische Aussagen. Während nur etwa jeder zwanzigste Deutsche eine Diktatur befürwortet bzw. den Nationalsozialismus verherrlicht und sozialdarwinistischen Aussagen zustimmt, finden



ausländerfeindliche Aussagen Zustimmung von einem Viertel der Bevölkerung. Bezogen auf die Ausländerfeindlichkeit treten auch die auf allen Skalen unterschiedlichen Werte für Ost- und Westdeutschland deutlicher ins Auge: Im Osten stimmt ausländerfeindlichen Aussagen jeder dritte Befragte zu. Dagegen scheint der Antisemitismus ein westdeutsches Phänomen zu sein, wenn auch mit geringerer Ausprägung: knapp jeder zehnte Westdeutsche zeigt sich als Antisemit. Auch sind ein Fünftel der Westdeutschen chauvinistisch eingestellt." (43)

In der Studie werden auch Unterschiede hinsichtlich der Bildungsabschlüsse der Befragten dargestellt. Erwartungsgemäß sind rechtsextreme Einstellungen bei jenen Befragten mit Studium gegenüber dem Rest nur etwa halb so oft vertreten. Aber: "Es fällt aber auch ins Auge, dass jeder zehnte Deutsche mit Studium chauvinistischen und ausländerfeindlichen Aussagen zustimmt. Immerhin ist noch knapp jeder Zwanzigste antisemitisch eingestellt." (48) Vielleicht wissen sie nur genauer, was man besser nicht sagt.

In Relation zu den Parteipräferenzen führt im Westen in Sachen Ausländerfeindlichkeit die PDS/WASG (28,6 %), vor SPD (26 %), CDU/CSU (25,6 %) - bei FDP und Bündnisgrünen ist nur etwa jeder Fünfte ihrer Wähler >ausländerfeindlich<. Beim >Chauvinismus< und >Antisemitismus< liegen die SPD-Parteianhänger (21,5 % / 10,2 %) jeweils leicht vor jenen der CDU/CSU (20,4 % / 9,8 %); interessanterweise ist aber auch jeder Zehnte Bündnisgrüne Wähler antisemitisch eingestellt.

Als Konsequenz aus den Ergebnissen ihrer Studie machen die Forscher insbesondere darauf aufmerksam, dass demokratischen Parteien mit der Übernahme von "mindestens in der Tendenz ausländerfeindlichen Positionen" eine Spirale öffentlich dokumentierter Akzeptanz von Ausländerfeindlichkeit in Gang gesetzt hätten und warnen: "Ausländerfeindlichkeit ist die Einstiegsdroge in ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Deshalb ist bei diesem Thema höchste Sensibilität von politischen Akteuren gefordert, denn von Politikern vertrittener Rassismus führt zu Massenrassismus. Zur Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit gehört mit Sicherheit auch die Beseitigung der strukturellen Ausländerfeindlichkeit in der Gesetzgebung." (168 f.)

Bildungspolitisch fordern sie ein Migrations-Mainstreaming: "Dass bedeutet sowohl eine deutliche finanzielle Stärkung der Institutionen als auch eine inhaltliche Überarbeitung der Lehrpläne. So ist es zwar sicherlich sinnvoll, Projektwochen zu Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zu veranstalten. Aber bis heute hat weder in den Lehrplänen noch in den Schulbüchern ausreichend Würdigung erfahren, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Die Beseitigung dieser Unterlassung ist wichtige Aufgabe der Politik. Integration muss von einem Sonderthema zum Querschnittsthema des Unterrichts gemacht werden. Ähnlich wie im Gender-Mainstreaming müsste im Zuge eines Migrations-Mainstreaming etwa die Lehrpläne auf ihre Würdigung der Einwanderungsgesellschaft hin überprüft werden." (171)

Aber selbstverständlich kann es angesichts der Ergebnisse der Studie nicht mehr nur und vielleicht nicht einmal vor allem um Jugendliche gehen: "Die Betrachtung der Präsenz von rechtsextremen Einstellungen macht aber einen neuen Fokus notwendig. Die bisher wenig beachteten Lebensalter der frühen Kindheit und der erwachsenen Lebensspanne müssen bei der Präventionsarbeit deutlich stärker in den Fokus genommen werden. Zwar sind Jugendliche und junge Erwachsene als Gewalttäter sichtbarste Exponenten einer rechten Szene, aber deren Rückhalt geht von einem sehr breiten Konsens innerhalb der Bevölkerung aus. Wenn auch nicht immer die Gewalt akzeptiert ist, so doch die hinter der Gewalt stehenden rechtsextremen Positionen. Die Erwachsenenbildungsarbeit ist mit Sicherheit ein notwendiger Ansatzpunkt bei der Prävention, etwa durch betriebliche Bildungsarbeit, die sich stärker an ältere Arbeitnehmer richten muss." (172)

Rechtsextremismus sei kein Individualproblem, sondern ein gesellschaftliches: "Wie wir mit unserer Diskussion versucht haben zu zeigen, ist es ein Problem der Gesellschaft, unter welchen Bedingungen Menschen in ihr aufwachsen und leben. Es bleibt zu skandalisieren, dass rechtsextreme Einstellungen in diesem Ausmaß entstehen und existieren. Dass es dazu kommen kann, berührt auch die Grundlagen der demokratischen Gesellschaft. Über den Rechtsextremismus kann man nicht ohne die Bereitschaft reden, auch die Verfasstheit dieser Gesellschaft zu thematisieren." (173)

Wie schwer man sich mit Migrations-Mainstreaming tun kann, beweist die Studie selbst. So erfährt man zwar, wie Katholen oder Evangelen antworten, wie Hessen, Bayern oder Niedersachsen, nicht aber ob und wie viele der Befragten einen Migrationshintergrund haben. Man hat nicht den Eindruck, als ob die Einstellungen von MigrantInnen die Forscher interessieren würden.



Die komplette Studie gibt es als pdf-file unter <http://library.fes.de/pdf-files/do/04088.pdf>.

Kommentar

Solange man sich um Deutschland sorgt, ...



Die Ergebnisse der Untersuchung über rechtsextremistische Einstellungsmuster in der deutschen Gesellschaft machen die tendenzielle Schieflage antifaschistischer Arbeit deutlich: Die organisierten Neofaschistischen sind nur ein Teil, vielleicht sogar der kleinere Teil des Problems. Gegen Worchs Wanderzirkus zu sein, ist nicht schwer. Deshalb drängelt der Unterbezirksvorsitzende der SPD immer mal wieder die Ratskollegen von CDU und FDP, sich doch bitte auch gegen Rechtsextremismus zu engagieren. Nichts dagegen - aber vielleicht sollten sie erstmal in ihren eigenen Reihen anfangen. Zumindest solange ein FDP-Ratsmitglied Migranten in der deutschen Gesellschaft heute noch als "Gäste" bezeichnet und solange die CDU und ihr Oberbürgermeister die strukturelle Ausgrenzung von Flüchtlingen für ein probates Mittel gegen Ausländerfeindlichkeit halten.

Und alle schielen sie misstrauisch auf "die" Jugend. Richtig ist, dass die nazistischen Totschläger in der Regel unter 30 sind. Richtig ist aber auch, dass z.B. die Flüchtlinge in Celle mehr Angst vor der Abschiebedrohung der Ausländerbehörden haben als vor Neonazis. Und die Gesetze, nach denen da verfahren wird, haben in der Regel Leute über 30 gemacht.

Und es muss daran erinnert werden, dass die "Roten" und die "Grünen" es in sieben Jahren Regierungszeit nicht geschafft oder gewollt haben, eine Bleiberechtsregelung zu schaffen, die langjährig in Deutschland Lebenden die Alpträume der Abschiebung genommen hätte. Sie haben mit Sozialabbau und Bundeswehr in aller Welt jenen Recht gegeben, deren Weltbild von Chauvinismus und Sozialdarwinismus bestimmt ist.

Rechtsextremistische Einstellungen entstehen in Familien, die immer brav die im Bundestag vertretenen Parteien gewählt haben. Sie werden auch geäußert in Kantinen, in denen die Mehrheit der Anwesenden Mitglied einer Gewerkschaft ist. Sie werden befördert von Christiansen und der BILD, jedesmal wenn man sich dort um Deutschland sorgt.

Also was tun? Selbstverständlich muss man die Netzwerke der neofaschistischen Totschläger bekämpfen. Im übrigen kann man hoffen, dass das rassistische Drittel der Gesellschaft apathisch genug bleibt, um die kleine Welt zwischen Eichenschrankwand und Kegelvein oder Disco und Fitnessclub nicht zu verlassen. Es geht im Kern nicht darum, Rassisten zu ändern, sondern die Strukturen, die sie dazu machen.



Von Chancen und Risiken

Wenn sich in der Provinz an die hundert Menschen, davon kaum eine Handvoll unter 50, kaum mehr Männer als Frauen, zu einer politischen Veranstaltung zusammenfinden, kann es eigentlich nur um ein Thema gehen: die Globalisierungsfalle. Es handelt sich um die Generation der 68er und 77er, unter denen sich vor einigen Jahren immer noch jemand gefunden hat, der das Fehlen "der" Jugend bemängelt hätte. Darauf wurde diesmal verzichtet, als der Journalist Dr. Wolfgang Kessler, auf Einladung von Kirchenkreis, Attac, Weltladen und GEW seine Thesen zu Risiken und Chancen der Globalisierung vortrug.

Kessler, der seit 15 Jahren für die christlich orientierte Zeitschrift "Publik Forum" schreibt, stellte sich als jemand vor, den die Frage umtreibe, ob es möglich sei, wirtschaftliche (d.h. kapitalistische) Prinzipien mit ethischen Grundsätzen in Einklang zu bringen? Im Vortrag wurde deutlich, dass er die Hoffnung nicht aufgegeben hat.

Fünf Risiken der Globalisierung dominieren seiner Auffassung nach die Ängste vieler Menschen:

- die weltweite Veränderung der Arbeitswelt, die sich durch global gegeneinander konkurrierende Produktionsstandorte auszeichnet, wobei Beschäftigte und Regierungen von den Konzernen gegeneinander ausgespielt würden;
- die ökologische Herausforderung (Ozonloch, Klimakatastrophe), die sich mit der Orientierung des Südens auf einen "american way of life" eher verschärfe (Beispiel: Massenmotorisierung im Süden);
- die Verschärfung der Kluft zwischen Armut und Reichtum (die 225 reichsten Menschen besitzen einen Reichtum, der das Jahreseinkommen von 47% der ärmsten Menschen auf der Welt ausmacht);
- die durch den Weltfinanzmarkt in die Höhe getriebenen Renditeerwartungen;
- der Kampf der Kulturen.

Dagegen stellte der Referent "Chancen", die seiner Auffassung nach die Vision eines besseren Lebens beinhalten:

- die deutsche Wirtschaft sei Globalisierungsgewinner, nur müssten diese Gewinne für Forschung und Bildung nutzbar gemacht werden;
- mit politischer Steuerung lasse sich die Kluft zwischen arm und reich abbauen;
- die technologische Entwicklung ließen für den Süden einen Entwicklungssprung zu, der ohne die "harte" und ökologisch katastrophale Industrialisierung auskommen könnte;
- die weltweite informationelle Vernetzung (Internet) ermögliche eine Verbreitung demokratischer Regierungsformen;
- die Vernetzung von Regionen zu Handelszonen entschärfe friedensgefährdende Konfliktpotenziale.

Dass die Risiken deutlicher zu Tage träten als die Chancen,

läge vor allem daran, dass "die" Politik die bisherige Entwicklung den Kräften des freien Marktes überlassen habe. Hier müssten die Bevölkerungen einen Gestaltungswillen einbringen, der sich gegen die Macht der Konzerne international vernetze. Auf Deutschland bezogen schlug Kessler fünf strategische Optionen vor, die den Chancen ein Übergewicht gegenüber den Risiken geben könnten:

- Investitionen in Forschung und Bildung finanziert durch steuerliche Abschöpfung des "alten Vermögens" (Erbchaftssteuer, Vermögenssteuer);
- Absicherung der Risiken durch eine solidarische Renten- und Krankenversicherung und Finanzierung über die Einbeziehung aller Einkommen;
- Minderung des Ressourcenverbrauchs wobei der Norden vorangehen müsse, um dem Süden Vorbild zu sein;
- Einführung von nationenübergreifenden Mindestnormen (sozial, ökologisch);
- Bekämpfung der Armut des Südens durch z.B. eine Steuer auf Devisenumsätze.

Die Umsetzung dieses Richtungswechsels sei angewiesen auf die Bürgerinnen und Bürger. Sie müssen sich zum einen in einer neuen sozialen Bewegung formieren, um den politischen Mainstream in die andere Richtung zu lenken. Zum anderen müssten sie ihre Konsumentenmacht stärker zum Tragen bringen, um die Wirtschaft zu anderem Produzieren zu bringen.

Die Tragik liegt nun eigentlich darin, dass die VeranstaltungsbesucherInnen nach dem partiellen Scheitern der Aufbrüche von "68/77" genau dies seit zwanzig Jahren versuchen. Und ihr "Erfolg", nämlich aus ihrem Milieu heraus Schröder/Fischer an die Macht gebracht zu haben, entpuppte sich als Aufbruch in einen ungekannten Sozialabbau und eine militärisch dominierte Weltpolitik, die einen um den Schlaf bringen könnte. (Im Unterschied zu Kesslers These, wonach "die" Politik sich dem Globalisierungsprozess gegenüber apathisch verhalte, ist's es im übrigen ja tatsächlich so, dass sie neoliberalen Strategien Tür und Tor geöffnet haben.) Um nicht missverstanden zu werden: Es ist nichts falsch daran, als KonsumentIn den fairen und ökologisch nachhaltigen Handel zu stärken. Und es ist nichts falsch daran, z.B. mit einer sozialen Ein-Punkt-Bewegung die Dienstleistungsrichtlinie (erfolgreich) zu bekämpfen. Aber etliche der BesucherInnen werden ihre Zweifel an der optimistischen Beurteilung der von Kessler vorgetragenen Chancen gehabt haben und seine Illusionen in die Möglichkeit einer Menschenfreundlichkeit von Kapitalismus und bürgerlicher Herrschaft kaum teilen.

rr.

Ach so: Mit "77er" meine ich nicht die Soldaten des Heideregiments, sondern jene Nachfolgeneration der "68er", deren politische Sozialisation weniger durch SDS und Vietnam, sondern mehr durch Stammheim und die Neuen Sozialen Bewegungen befeuert wurde.

Interview mit Dirk Hauer

Bedingungsloses Grundeinkommen = Rückgewinnung von Würde

Auf Einladung des Rosa-Luxemburg-Clubs war Ende Oktober Dirk Hauer aus Hamburg in Celle, um die Grundgedanken der Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen vorzustellen und mit den VeranstaltungsbesucherInnen zu diskutieren. Dirk Hauer arbeitet seit Jahren in Zusammenhängen der Erwerbslosenbewegung (Gruppe "Blauer Montag") und der Hamburger "Sozialpolitischen Opposition" mit.

Rev: Das Modell eines Grundeinkommens wird nicht mehr als utopischer Schnick-Schnack abgetan, seit der DM-Chef Götz und Thüringens Ministerpräsident Althaus dafür ausgesprochen haben. Die Forderung kommt ja aber aus einer anderen Ecke und ist weitaus älter. Mit welcher Intention und aus welchen Zusammenhängen ist diese Vorstellung ursprünglich entwickelt worden?

DH: Nun, eigentlich kommt diese Forderung aus der radikalen Erwerbslosenszene der 70er und 80er Jahre. Der undogmatisch-linke Flügel der Erwerbslosen- und Jobberbewegung hatte sich schon 1981 für ein Existenzgeld für alle ausgesprochen - unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft und Verwertbarkeit am Arbeitsmarkt. Diese Forderung war eine strategische Orientierung im Kampf gegen Ämterchikane, Niedriglöhne, Bedürftigkeitsprüfung und dagegen, dass die Grundbedürfnisse nach Wohnung, Kleidung, Essen, Kultur, Mobilität etc. in dieser Gesellschaft nur befriedigt werden, wenn man sie sich kaufen kann.

Rev: Ein wesentlicher Gedanke des Existenzgeld ist, dass es "bedingungslos" sein soll. Was ist damit gemeint?

DH: Bedingungslos heißt "ohne Vorbedingungen". Heute heißt es in der Sozialpolitik ja "keine Leistung ohne Gegenleistung". Dagegen wendet sich die Vorstellung eines bedingungslosen Existenzgeldes bzw. Grundeinkommens: Eine menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und gesellschaftlichen Reichtum muss man sich nicht erst verdienen, sondern steht jedem Menschen als soziales Grund- und Menschenrecht zu. Insbesondere muss man sich dieses Recht nicht erst erarbeiten - etwa durch Pflichtarbeiten oder durch die Unterwerfung unter Niedriglohnsektoren.

Rev: Du hast gesagt, das Grundeinkommen sei gewissermaßen eine Antithese zur linksgewerkschaftlichen Vorstellung von einem "Recht auf Arbeit". Kannst du das für unsere LeserInnen erläutern?

DH: Wie der bürgerliche Sozialstaat geht auch die traditio-

nelle ArbeiterInnenbewegung von der Zentralität der Arbeit aus. Auch für sie ist "soziale Sicherheit" an Arbeit gebunden. Der schreckliche Satz "Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen", ist ja bis in die kommunistische Strömung der ArbeiterInnenbewegung hinein populär. "Arbeit, Arbeit, Arbeit", "Die Arbeit soll das Land regieren" - das sind alles Slogans, die aus dieser Arbeiterbewegungstradition kommen und im "Recht auf Arbeit" - und damit implizit in der Pflicht zur Arbeit - gipfeln. Die Existenzgeldforderung bedeutete dagegen immer auch eine Kritik an der kapitalistischen Lohnarbeit überhaupt. Sie transportiert das Recht auf ein schönes Leben auch für diejenigen, die nicht lohnarbeiten und



das vielleicht auch gar nicht wollen. Schließlich kämpft die Linke doch darum, die Lohnarbeit abzuschaffen, ihr - wo immer möglich - zu entgehen und nicht darum, sich ihr zu unterwerfen.

Rev: In der Diskussion ist die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen von zwei unterschiedlichen Positionen aus hinterfragt worden. Zum einen wurden Zweifel geäußert, ob die Gesellschaft ohne den Zwang zur Arbeit überhaupt reproduktionsfähig wäre, zum anderen wurde von einem gebrauchswertorientierten Ansatz her die Koppelung sozialer Sicherheit und Würde an Geld kritisiert. Wie gehst du mit dieser Kritik um?

DH: Zur ersten Kritik. Da wäre erstmal zu fragen, was mit "Zwang zur Arbeit" gemeint ist. Kapitalismus heißt Zwang zur Arbeit, weil man sonst verhungert. Ein solcher Zwang ist nur für die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft notwendig. Allerdings gehe auch ich davon aus, dass eine befreite Gesellschaft kein Paradies ist, in dem sich die Klos von alleine putzen und sich die Babys selbst wickeln. Natürlich wird es gesellschaftlich notwendige Arbeiten geben, die gemacht werden müssen. Aber da kommt es doch entscheidend darauf an, wie gesellschaftlich mit diesem "Zwang" umgegangen wird, ob es also Strukturen gibt, wo alle (mit-

)entscheiden können, welche Arbeiten unter welchen Bedingungen und von wem gemacht werden.

Zum zweiten Punkt: Es ist doch gerade jetzt so, dass soziale Sicherheit und Würde an Geld gekoppelt ist: Haste was, dann biste was. Arbeit ist doch in diesem Zusammenhang vor allem eine Quelle, um das Einkommen zu erzielen, das einem in dieser Gesellschaft soziale Sicherheit und Würde verschafft. Das Existenzgeld sagt doch gerade: Auch wenn du nicht arbeiten kannst oder dich den herrschenden Arbeitsbedingungen unterwerfen willst, hast du dennoch ein Recht auf soziale Absicherung. Und du musst dich nicht als Bittsteller verhalten und dich von den verschiedenen Sozialstaatsinstitutionen demütigen und schikanieren lassen. Du kannst in freier Selbstbestimmung entscheiden, welchen Job du annehmen willst und musst dich nicht um jeden Preis verkaufen. Das nenne ich Rückgewinnung von Würde.

Einige Artikel von Dirk Hauer finden sich im Internet unter <http://www.linksnet.de/autor.php?id=647>; weitere Artikel und Infos zum Grundeinkommen unter:

<http://www.grundeinkommen.info/>;
<http://www.unterschied-zukunft.de/>;
<http://www.existenzgeld.de/>;
<http://www.archiv-grundeinkommen.de/>

Aktueller Leitfaden zu ALG II erschienen

Erwerbslosen zu verweigern, was ihnen zusteht - das machen Behörden täglich ungestraft. Trotzdem sind selten sie gemeint, wenn von "Sozialmissbrauch" die Rede ist. Da es kaum kollektiven Widerstand dagegen gibt, sind die Betroffenen auf eine individuelle Gegenwehr verwiesen. Eine sehr gute Hilfe dabei kann der frisch überarbeitete "Leitfaden Alg II/Sozialhilfe" sein. Der von Rainer Roth, Professor für Sozialwissenschaften an der Fachhochschule Frankfurt/Main, und Harald Thomé vom Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein Tacheles in Bochum herausgegebene Ratgeber ist auf dem Stand des seit August gültigen SGB-II-Fortentwicklungsgesetzes und berücksichtigt aktuelle Rechtsprechung der Sozialgerichte bis Anfang Oktober. Durch den alphabetischen Stichwortaufbau finden Betroffene schnell Zugang zu den ihr jeweiligen Problem betreffenden Antworten. Ein umfassender Anhang "Sich wehren von A-Z" informiert umfangreich über die Möglichkeiten, sein Recht durchzusetzen. Leider haben die Autoren darauf verzichtet, den Betroffenen mit "Musterwidersprüchen" Formulierungshilfen an die Hand zu geben. Trotzdem: Der beste Ratgeber auf dem Markt und ein Muss für jeden Erwerbslosen, die/der sich nicht bescheißen lassen will.

Der "Leitfaden Alg II/Sozialhilfe von A bis Z", 24. Auflage, kostet 8,00 Euro inklusive Versand, wird gegen Rechnung verschickt und kann bestellt werden bei AG TuWas, Gleimstraße 3, 60318 Frankfurt/M.; per Fax unter 069/15332633, per E-Mail an aguwas@web.de; eventuell gibt's ihn aber auch wieder in der Buchhandlung Sternkopf & Hübel in der Neuen Straße.

Indymedia braucht Eure Hilfe!

Indymedia ist eine weltweite Plattform unabhängiger Medienorganisationen und hunderter JournalistInnen, die eigenverantwortlich nicht hierarchische, nicht kommerzielle Berichterstattung betreiben. Doch jetzt droht eine ernste technische Krise. Die beiden wichtigsten Mirror-Server, die täglich hunderttausende von indymedia-Artikeln an die AktivistInnen in aller Welt ausliefern, werden bald nicht mehr zum Verteilen von indymedia-Inhalten zur Verfügung stehen.

Deshalb gibt es jetzt einen Spendenaufruf, um die benötigte Technik finanzieren zu können. Weiter Infos gibt es unter: <http://de.indymedia.org/2006/11/162457.shtml>

Spendenkonto:
Empfänger: Netzwerk Selbsthilfe e.V.
Bank für Sozialwirtschaft
KontoNr.: 302 98 03
Bankleitzahl: 100 205 00
Stichwort: Indymedia (global server)



Good Night, White Pride

Im Vorfeld der antifaschistischen Kundgebung und Demonstration am 28.10. erregte ein Sweat-Shirt mit dem Motiv "Good Night, White Pride" die Aufmerksamkeit der Bundespolizei. Im Celler Bahnhof wurde ein Mädchen abgeführt, das Shirt beschlagnahmt - und als sich herausstellte, dass die "Täterin" erst 13 Jahre alt ist, wurde sie von der Polizei bei ihren Eltern abgesetzt. Die Beamten beriefen sich am Ort des Geschehens darauf, dass das Amtsgericht in Brandenburg dieses Motiv als "gewaltverherrlichend" unter Strafe gestellt hätte. Doch genau dies ist eben nicht der Fall.



Das beanstandete Symbol

Am 26. August hatte das Landgericht Berlin eine Entscheidung über genau dieses Motiv gefällt und den Angeklagten freigesprochen: "Die Gewaltdarstellung muss entweder eine Verherrlichung oder Verharmlosung der grausamen oder unmenschlichen Gewalttätigkeit zum Ausdruck bringen oder durch die Art und Weise der Darstellung selbst die Menschenwürde verletzen, etwa indem sie Personen oder Gruppen als menschenunwert erscheinen lässt. Diesen Anforderungen genügt der hier fragliche Aufdruck, der in stilisierter Form eine Kampfszene zwischen zwei Personen zeigt, nicht." Und weiter: "Eine Billigung grausamer oder unmenschlicher, mithin exzessiver Gewalttätigkeit als Kampfmittel ist der hier fraglichen Abbildung auch unter Berücksichtigung zwischen dem Text

und der bildlichen Darstellung nicht zu entnehmen."

Der Pressesprecher der Bundespolizei in Hannover, Ralf Göttner, rechtfertigt gegenüber der CZ das Vorgehen auch im Nachhinein: "Das Motiv ist in der Tat sehr gewaltverherrlichend." Die Cellesche Zeitung dokumentierte übrigens zum besseren Verständnis das Symbol.

Die polizeilich-juristische Verfolgung des antirassistischen "Good Night, White Pride" ist kein Einzelfall. Bekanntlich wurde vor kurzem der Besitzer eines linken Musikversandes wegen des Verkaufs von durchgestrichenen oder zerschlagenen Hakenkreuzen in Stuttgart verurteilt. Auf antifaschistischen Demonstrationen kam es zuletzt immer wieder zu Anzeigen gegen AntifaschistInnen wegen des Tragens antifaschistischer Symbole.

Denunziationsaufruf der Arbeitsagentur

Die Celler Arbeitsagentur ist weiter auf Missbrauchs Jagd. Jüngst erging in der CZ ein regelrechter Aufruf zur Denunziation. "Wir sind auf solche Hinweise angewiesen, um Missbrauch zu bekämpfen," teilte Marc Seemann Pressesprecher der Agentur mit und hinterließ auch gleich die Telefonnummer der so genannten "Service-Stelle" an die man sich wenden könne. Die CZ hatte nachgefragt, weil sich scheinbar eine Frau E. bei der Zeitung beschwert hatte, die Agentur ginge ihrem Hinweis nicht nach. Worum ging es ihr? Ihr Ex lebt mit seiner Neuen in einer Wohnung und die Neue bezieht Arbeitslosengeld. Für Frau E. war die Sache klar: Da es sich doch augenscheinlich um eine eheähnliche Gemeinschaft handele, beziehe die Neue zu Unrecht Leistungen. Jetzt beschwerte sich Frau E. von der Arbeitsagentur nicht informiert zu werden, ob ihrer Nachfolgerin nun der Geldhahn abgedreht worden sei. Aus Datenschutzgründen und dem Schutz der Persönlichkeitsrechte der Denunzierten könne er keine Angaben

dazu machen, so Seemann. Was macht dieser Fall aber eigentlich klar? Frau E. sorgt sich ja nicht wirklich um Leistungsmissbrauch, sondern sie will ihrem Mann und seiner Neuen eins auswaschen. Wahrscheinlich kein untypischer Fall - nach dem CZ-Artikel dürfte manch anderer auf die Idee kommen, jemandem auf diesem Weg Ärger zu bereiten. Hoffmann von Fallersleben hatte darauf mal eine Antwort: "Der größte Lumpensack im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant."

Heil Herzog Widukinds Stamm

"Man muss ja nicht mit jeder alten Tradition brechen, nur weil sie nicht zeitgemäß ist," meint der Celler Landtagsabgeordnete Karl-Heinrich Landspecht bezüglich des "Niedersachsenliedes". Nöö, muss man nicht - aber dann muss man sich auch nicht darüber wundern, wenn Bundeswehrsoldaten gern mit Totenschädeln posieren. (Andererseits: Ohne diese "Traditionen" würden sie sich vielleicht fragen, was sie überhaupt am Hindukusch zu suchen haben?) Landrat Wiswe und Martin Biermann sehen's ähnlich wie Langspecht. "Doktor honoris causa" singt allerdings nur die erste Strophe und "DJ Klaus" die andren "nur mit Augenzwinkern". Ja, wem zwinkert er denn dabei zu? - Nur eine kleine Kostprobe aus der vierten Strophe: "Aus der Väter Blut und Wunden / wächst der Söhne Heldenmut. / Niedersachsen soll's bekunden: / Für Freiheit, Gut und Blut!"

Ausländerkriminalität

Mit einem schönen Beispiel für "Ausländerkriminalität" befasste sich im Oktober das Celler Amtsgericht. Ein 20-Jähriger afghanischer Flüchtling war angeklagt, sich ohne afghanischen Pass in Bundesgebiet aufzuhalten und sich trotz Aufforderungen der Stadt auch nicht um einen Pass zu bemühen. Der Hintergrund für seine "Faulheit": In dem Moment, wo er einen afghanischen Pass hätte, lebt er mit dem Risiko der

sofortigen Abschiebung. Die Jugendrichterin mochte das nicht glauben, obwohl es der einzige Grund für die Drängelei der Ausländerbehörde ist, und verurteilte den Afghanen zu einer Geldstrafe in Höhe von 100 Euro. Die Ausländerbehörde hatte im Übrigen schon das Bargeld gestrichen; jetzt muss die Staatskasse wohl sehen, was sie mit den Wertgutscheinen anfängt, die der Verurteilte im Höchstfall anbieten könnte. - Ach so: Beim Blick auf die website des Auswärtigen Amtes wird mit Stand vom 10.10.2006: "Vor Reisen nach Afghanistan ... dringend gewarnt ... In der Hauptstadt Kabul kann es trotz Präsenz der Internationalen Schutztruppe zu Attentaten kommen. Nachts kommt es häufig zu Schießereien und Gewaltverbrechen. In Vororten und Seitenstraßen besteht auch tagsüber die Gefahr von Überfällen. Im übrigen Land bestehen sogar noch höhere Sicherheitsrisiken. Die Sicherheitskräfte der Regierung sind nicht in der Lage, landesweit Ruhe und Ordnung zu gewährleisten."

Mehrgenerationenhaus vor dem Aus?

Etwas kurios mutete es schon an: Da wurde Jahr um Jahr das "FiF" (Frauenräume in der Fritzenwiese) abgefeiert, wobei wer sich auskennt, sich als Fürstin Potemkin fühlen konnte. Und als es einen neuen Finanztopf (40.000 Euro pro Jahr) für so genannte "Mehrgenerationenhäuser" gab, griff der Trägerverein "Frauenräume in der Fritzenwiese" zu - der CDU-Filz machte es möglich. Mit dem frischen Geld wurde im Grunde genommen weiterge-

macht wie bisher. Jetzt will die Caritas in Hambühren in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege in Hambühren ein Mehrgenerationenhaus eröffnen, das konzeptionell wohl eher das Firmenschild verdient. Aber, wie es manchmal so ist: Es kann nur eines geben - pro Landkreis. Damit steht das Fritzenwieseprojekt mit seiner Vorsitzenden Marianne Stumpf unter Druck. Mal sehen, wie's ausgeht.

Sozen für "Gefühl von Sicherheit"

Die "Sozen" (Kohl) haben in den letzten Jahren ihre ganz eigene Art entwickelt, für die Sache der Unterschicht zu streiten. Erschreckt musste man feststellen, dass die tolle Agenda 2010 nicht zum angestrebten Reichtum für alle geführt, sondern die Ausbreitung einer "Unterschicht" befördert hat. Der Unterbezirkvorsitzender der Celler SPD, Wolf Wallat, hat deshalb ein klares politisches Ziel für die Landtagswahl 2007 formuliert, mit dem er jene gewinnen will, die sich in Deutschland als Verlierer der Globalisierung fühlen: "Sie haben Angst. Und dabei geht es nicht nur um Arbeitslose. Es geht auch um Menschen, die Arbeit haben. Daher müssen wir nachdenken und ihnen das Gefühl von Sicherheit und Gemeinschaft auch in Niedersachsen wiedergeben." (CZ, 31.10.2006) Wir müssen nicht mal nachdenken, um kurz und knapp mit BB's "Einheitsfrontlied" zu antworten: "Es macht uns ein Geschwätz [Gefühl] nicht satt, das schafft kein Essen her."

gegen wiederholte Energiepreiserhöhungen. Anfang Oktober hatte die SVO die Gaspreise um 12 % erhöht, nachdem sie bereits im Februar 2005 (10 %), August 2005 (13 %) und Januar 2006 (11 %) an der Preisschraube gedreht hatte. Wolfgang Gasser, stellvertretender Landesvorsitzender des VWE und Vorsitzender der Kreisgruppe Celle forderte das Unternehmen auf, die Preiskalkulation endlich offen zu legen. Bundesweit läge die SVO im oberen Drittel der Preisskala. Zwischen dem bundesweit günstigsten Erdgasanbieter und der SVO lägen immerhin stolze 25 Prozent. Die Gründe dafür seien nicht nachvollziehbar und ließen den Verdacht aufkommen, "das Unternehmen versucht, seine Kunden zu schröpfen."

Deutliche Worte fand auch der Sprecher der PIFC, Horst Stöbe. "Schon heute sind viele Menschen nicht in der Lage, die hohen Energiekosten zu bezahlen", warnte er. Gleichzeitig kritisierte er das Mahnverfahren der SVO. Noch am gleichen Tag hätten ihm Menschen berichtet, dass ihnen das Unternehmen den Gashahn zudrehte, weil sie die Rechnung nicht sofort begleichen konnten. Sie waren zuvor unverhofft arbeitslos geworden und warteten auf die Zahlung des Arbeitslosengeldes. Bis dahin baten sie um Stundung und spätere Ratenzahlung. Doch die SVO lehnte ab und schaltete die Gaszufuhr ab. Gleichzeitig drohte das Unternehmen, auch die Stromversorgung zu kappen. Stöbe: "So kann es nicht weiter gehen". Sozial schwachen Menschen, wie Arbeitslosen oder Rentnern, müssten Sozialtarife eingeräumt werden.



Protest gegen Energiepreiserhöhungen

Aufgerufen vom "Verband Wohneigentum (VWE), Kreisgruppe Celle" und der Protest-Initiative Flotwedel-Celle (PIFC) protestierten am 10. Oktober rund 250 Menschen vor der Zentrale des lokalen Energieversorgers SVO Energie GmbH

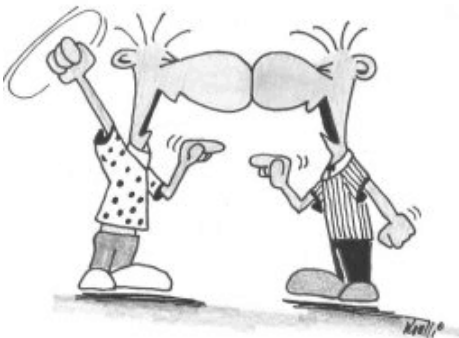
Fulltime für Georgia

Die Klage der Landtagsabgeordneten Georgia Langhans über die Mühsal der China-Reise des Landtagspräsidiums haben wir noch im Ohr: "Das war wesentlich mehr Arbeit als Vergnügen." Um so dankbarer können wir jetzt registrieren, dass die Politikerin neben dem

Landtagsmandat und ihrem Stadtratsmandat zukünftig auch noch ein Kreistagsmandat auf sich nimmt und im Ranking der Vergabe von Aufsichtsratsposten durch den Stadtrat mit deren Drei ebenfalls an der Spitze liegt (Wohnungsbaugesellschaft, Heilen im Dialog, Abfallzweckverband).

Keine "Duz"-Brüder mehr

Der ehemalige Republikaner Lars Seidensticker war bekanntlich auf der Liste der dortigen Wählergemeinschaft in den Gemeinderat eingezogen. Nachdem er unter anderem mit der Forderung nach Gebärprämiën für deutsche Kinder in den Wahlkampf gezogen war, hatte ihn die WG ausgeschlossen. Der gewählte Rechtsaußen versuchte jetzt den Gemeinderat für seine rechtspopulistischen Phrasen zu nutzen, u.a. in dem er dem CDU-Bürgermeister Thomas Adasch "Ämterhäufung" vorwarf. Daraufhin - so berichtete die CZ - entzog ihm Adasch das "Du".



Zubrot für Hauptmeyer?

"Ratsarbeit ist keine Schwarzarbeit" titelte die Cellesche Zeitung, um sich der bedeutungsvollen Frage zu widmen, ob das neue Ratsmitglied Andreas Hauptmeyer (BSG) als Erwerblosler seine Aufwandsentschädigung behalten dürfe. Im Artikel ist das so formuliert: "Jetzt fragen sich seine Ratskollegen, wie er mit seinem Arbeitslosengeld zurecht kommt - und ob er die Vergünstigungen, die er als Ratsherr einstreicht, überhaupt behalten darf."

Zumindest der erste Teil der Frage behrt nicht eines gewissen Witzes, denn immerhin liegt die Aufwandsentschädigung für Ratsmitglieder mit monatlich 305 Euro nur knappe 40 Euro unter dem Regelsatz des ALG II. Und die CZ fragte nach - nicht bei Hauptmeyer, sondern beim Arbeitsamt. Dort kam dann die "Entwarnung": Die Aufwandsentschädigung würde nicht angerechnet. Hätte die CZ übrigens mit Andreas Hauptmeyer gesprochen, hätte sie erfahren können, dass die beiden Mandatsträger der BSG in Stadtrat und Kreistag künftig die Kosten des Büros in der Heese allein übernehmen werden. Was dann noch bleibt, dürfte den tatsächlichen, durch die Mandatsausübung entstehenden finanziellen Mehraufwand kaum noch decken.

Oberzentrum - das war wohl nichts

Ach wie glücklich war man im Rathaus, im Raumordnungsprogramm des Landes künftig als Oberzentrum eingestuft zu werden und - so die Hoffnung - bei der Vergabe von Infrastruktureinrichtungen in einer Liga wenigstens mit Göttingen und Lüneburg zu spielen. Aktuell passiert eher das Gegenteil: Das Celler Institut für Tierzucht und Tierhaltung (Dörnbergstraße) als einzige vor Ort angesiedelte Bundesforschungseinrichtung wandert nach Mariensee (Neustadt a. Rbg.) ab und die Evangelische Landeskirche schließt das Pfarrvikarseminar (Berlinstraße).

Basti schuldunfähig?

Celles genialster Rechtsanwalt, der ehemalige Vorsitzende des TuS Celle FC, Sebastian Biermann, dreht an einem neuen Coup. Im September 2004 hatte es nach einer feucht-fröhlichen Vereinsfeier volltrunken einen Streifenwagen entwendet und zu Schrott gefahren. Gegen die Schadensersatzforderung des Landes in

Höhe von 42000 Euro hat er Berufung vor dem Oberlandesgericht eingelegt. Bereits in erster Instanz hatte er auf "Schuldunfähigkeit" plädiert. Und eigentlich wären ja auch die Polizeibeamten schuldig, die ihren Dienstwagen unabgeschlossen hätten stehen lassen. - Strafrechtlich hatte der 32-jährige Neffe des Oberbürgermeisters bereits eine Glanzleistung hingelegt: Ihm war es gelungen mit 900 Euro Geldstrafe davon zu kommen - 60 Tagessätze á 15 Euro, die er in der Berufungsverhandlung sogar noch auf 750 Euro drückte.

Portokasse zu voll?

Eine Panne beim Ausdruck der Lohnsteuerkarten hat bei der Stadtverwaltung Mehrkosten in Höhe von 13000 Euro verursacht. Rund 16000 Karten waren zunächst nicht gedruckt worden, woraufhin man den gesamten Durchgang wiederholte, alles neu ausdrückte und versandte. Als verantwortlichen machte man den Kollegen Computer aus.



Langhans on Tour - China 2006

An der in die mediale Schusslinie gekommenen China-Reise des niedersächsischen Landtagspräsidiums im September hatte auch Celles grüne Landtagsabgeordnete Georgia Langhans teilgenommen. Der Bund der Steuerzahler bemängelte an der 66000 Euro teuren Reise der 10-köpfigen Gruppe, dass der touristische Anteil weit über dem politischen gelegen habe. Auf

Einladung der chinesischen Partnerprovinzen Niedersachsens war man 14 Tage in Jilin und Anhui unterwegs. Und im nächsten Jahr geht's dann nach Russland. Nasdrowje!

Straße für Dawosky

Erfolgreich hat sich die jüdische Gemeinde gegenüber der Stadtverwaltung gegen deren Absicht gewandt, den jüdischen Arzt Philipp Simon Dawosky (1809-1885) nur mit der Benennung eines unscheinbaren Verbindungsweges ehren zu wollen. Das ins Auge gefaste unscheinbare Gässchen zwischen St. Georg Straße und Herzog-Ernst-Ring werde der Bedeutung Dawoskys nicht gerecht.

7011 Unterschriften gegen ECE

Mit der Stadtratswahl ist das Thema eines Einkaufszentrums in der Altstadt mit ECE als Betreiber scheinbar ja vom Tisch. Aber: Der entsprechende Ratsbeschluss muss noch revidiert werden - ansonsten muss die Stadtverwaltung einen Bürgerentscheid zum Thema einleiten. Denn der Arbeitskreis Celler Bürger (ABCe) hat es, wie schon beim Schuhstraßenstreit geschafft, die hierfür erforderlich Zahl an Unterstützerunterschriften zusammenzubringen. Statt der erforderlichen 6000 kamen 7011 Unterschriften zusammen.

China – "Alles ist im Fluss"

Wer hätte das gedacht - vorm Allgemeinen Krankenhaus weht die Flagge der Volksrepublik China. Wenn das der Große Vorsitzende noch erlebt hätte. Grund: Das AKH hat mit dem chinesischen Volkskrankenhaus in Luan einen Kooperationsvertrag geschlossen. Was immer das soll - außer selbstverständlich, dass eine AKH-Delegation im nächsten Frühjahr nach China jettet. Mit

dem Kontakt zwischen den Krankenhäusern hatte Celles China-Beauftragte anscheinend nicht viel zu tun; jedenfalls wurde sie in der Berichterstattung nicht erwähnt. Als die CZ im Herbst mal nachfragte, was eigentlich die China-Beauftragte der Stadt so treibt, erfuhr sie zwar nicht Konkretes, titelte aber "Büro im Rathaus der Allerstadt ist Dreh- und Angelpunkt der China-Aktivitäten in ganz Niedersachsen" (CZ, 21.09.2006). Das jedenfalls behauptete Lydia Richter. Im übrigen blieb alles sehr im Vagen, man wolle dies und das, genaues könne sie nicht sagen, aber: "Alles ist im Fluss." Sucht man bei Google unter den Begriffen "Celle+China" tauchen als erste Hits China-Restaurants auf. Erst auf Platz 7 gibt es erstmals einen Hinweis auf die Koordinatorin - und zwar den, dass sie ihre Arbeit aufnimmt (ein CZ-Artikel vom 30.10.2004). Auf der Website des Landes Niedersachsen findet sich unter dem Titel "Zusammenarbeit des Landes Niedersachsen mit China" zwar einiges zum Thema, aber kein Hinweis auf die Celler Koordinatorin. Mit Namen taucht Lydia Richter dann noch auf der Website der Metropolregion auf. Das war's im wesentlichen. Jährlich kostet diese besondere Form von Wirtschaftsförderung die Stadt 65.000 Euro - wahrscheinlich hätte man das Geld wirklich genauso gut "in den Fluss" schmeißen können.

Mit Panzern für "Mitmenschen in Not"

Als wenn es nicht reichte, dass sie mit ihren Panzern den "Mitmenschen" in Afghanistan und im Irak "helfen". Jetzt musste das britische Fusiliers-



Regiment auch noch in Celle ihre Panzer in den Dienst der guten Sache stellen. Für die "CZ"-Aktion "Mitmenschen in Not" arrangierten die britischen Irak-Krieger ein Panzer-Wettschleppen auf dem Brandplatz. So zogen denn insgesamt sieben zehnköpfige Teams einen Spähpanzer über 50 Meter gegen die Uhr. Das Geld wurde bei dieser "spektakulären Benefizaktion" (CZ) mit Glühweinausschank und Spendensammelei gemacht. Der Krieg im Irak hat die Briten bisher übrigens offiziell rund 4,5 Milliarden Euro gekostet.

Celler Flüchtlinge fordern Abschaffung des Gutscheinsystems!

Bargeld statt Gutscheine! Das fordern Flüchtlinge in Celle, die sich durch die Auszahlung der Sozialleistung in Wertgutscheinen diskriminiert sehen. Die Selbsthilfeorganisation von Flüchtlingen, "Rick's Café", führte aus Anlass der bundesweiten "Interkulturellen Woche" eine "Einkaufstour" mit Journalisten durch. Nicht nur die Diskriminierung, die die Betroffenen beim Einkauf selbst erleben, sollte dabei thematisiert werden, sondern auch Celler Spezialitäten.

In etlichen Geschäften - wie z.B. einem Penny-Markt in der Altstadt - erhält man beim Einkauf mit Wertgutscheinen keine Kassenbon. Dieser wird an den Wertgutschein angeheftet und mit bei der Stadt Celle eingereicht. In anderen Geschäften - wie z.B. der Lebensmittelabteilung von Karstadt - gibt es kein Rückgeld. Dies ist ausweislich eines Aufdrucks auf dem Gutschein zwar sowieso auf 10 % des Einkaufswertes beschränkt, aber nicht einmal das gibt es. Begründungen dafür gab es vom Kassenspersonal nicht. Da die Geschäftsleitungen versichern, korrekt mit der Stadt abzurechnen, landet das nicht ausgezahlte Rückgeld offensichtlich bei der Stadt. - Horst-Peter Ludwigs vom Niedersächsischen Flüchtlingsrat beschäftigen diese Probleme seit Jahren: "Mit

Unterstützung des Datenschutzbeauftragten hatten wir als Teilerfolg zwar die Zusage, dass die Kassenbons nicht an die Stadt, sondern selbstverständlich an die Kunden ausgegeben werden müssen. Nur geändert hat sich letztlich wenig." Er tritt deshalb dafür ein, das Gutscheinsystem endlich abzuschaffen. Auch die Flüchtlinge wollen Bargeld. Ihnen geht es dabei nicht nur darum, dass sie mit den Gutscheinen weder die notwendigen Anwaltskosten bezahlen können, noch Telefonkarten, Briefmarken oder Zeitungen. Sie wollen, dass die Diskriminierung aufhört. Mit einem Schreiben haben sie deshalb Celles Oberbürgermeister Martin Biermann aufgefordert, den unwürdigen Zustand zu beenden und das Gutscheinsystem durch die Auszahlung von Bargeld zu ersetzen.

Eine Reaktion auf die Aktion der Flüchtlinge kam aus dem Niedersächsischen Innenministerium, das die Stadt Celle aufforderte, einen Bericht zu den aufgeworfenen Fragen abzugeben. Celles Erster Stadtrat Gert-Wilhelm Gonell gab gegenüber dem NDR zunächst zu, dass das nicht ausgezahlte Rückgeld wieder in der Stadtkasse landet - um dann über die CZ die Flüchtlinge aufzufordern, "Unregelmäßigkeiten" zu melden. Wer anders aber als die Stadt weiß über die Abrechnungen bestens Bescheid? Und wer anders als die Stadt profitiert von dieser Abzocke?

Geringverdiener

Nachdem alle Pöstchen in Rat und Kreistag verteilt sind, hier ein kleines Aufwandsentschädigungs-Ranking von in Celle lebenden KommunalpolitikerInnen:

1. Falkenhagen, FDP (1487,50 Euro),
2. Peters, CDU (880 Euro),
3. Encke, FDP (865 Euro),
4. Pfützner, Grüne (757,50 Euro),
5. Zobel, Grüne (755 Euro) - alles ohne Gewähr. Die am besten entschädigten SPD-Politiker dürfte Jens Rejmann (755 Euro), Wolf Wallat und Joachim Schulze (je 715 Euro). Man sollte sich die Zahlen mal

merken - denn der Auffassung mit einer Regelleistung von 345 Euro (plus Heizung und Miete) käme ein ALG II-Empfänger gut über die Runden, vertreten die Parteien der genannten ja durchgängig.

Warteschleife statt Lehrstelle

Von den 1547 Jugendlichen, die sich für das Ausbildungsjahr 2006 beim Arbeitsamt Celle um eine Lehrstelle beworben haben, bekamen nur 764, also etwa die Hälfte, einen Platz. Die anderen wurden in die Warteschleifen Schule (402) oder Berufsbildende Maßnahmen (203) gesteckt, machten Zivil- oder Wehrdienst (17), begannen ein Studium oder sonstiges (116) - oder wurden schlicht und einfach nicht vermittelt (45).



Nazis volkstrauern auf Bundeswehrgelände

Am diesjährigen Volkstrauertag kam es neben der Demonstration von Seelow einige regionale Aktivitäten. So versammelten sich knapp 50 Neofaschisten aus der Heideregion auf dem Truppenübungsplatz Lohheide bei Bergen, um an einer offiziellen Gedenkfeier auf dem Soldatenfriedhof teilnehmen. Die Polizei verhinderte, dass die NPD-Fahne und eine schwarze Fahne verwendet wurden.

Die Bundeswehr als Hausherrin des Geländes untersagte die Teilnahme an der offiziellen Feier. Aber: Den Neofaschisten wurde nach Ende der Veranstaltung das Niederlegen einiger Gebinde gestattet. Letztlich hielten sich die Neonazis nach Angaben der Polizei

rund 30 Minuten auf dem Friedhof auf. Als verantwortliche Figur nannte die Polizei in ihrer Pressemitteilung das NPD-Landesvorstandsmitglied Manfred Böhm aus Lüneburg. Wegen einer Überfalls auf das Waffendepot des NATO-Lagers Bergen-Hohne war er im "Bückeburger Prozess" 1979 zu sieben Jahren Haft verurteilt worden; bis zu deren Verbot führte er die rechtsextremistische Wiking-Jugend als >Gauleiter Niedersachsen<.

Rieger spukt in Fassberg

Im Oktober gab es einigen Wirbel um die Spekulationen, dass der Neonazi Jürgen Rieger in Gerdehaus bei Fassberg als Interessent einer Immobilie in Frage käme. Der verkaufswillige Hotelier Karl Hennies hatte die Gerüchte scheinbar selbst gestreut und ihnen mit eindeutigen politischen Statements Nahrung gegeben. "Dass ich rechts stehe, dürfte keinem unbekannt sein", betonte der Gastwirt. Er habe sein 80-Betten-Hotel "Landhaus Gerhus" den Neonazis bereits anbieten wollen, als 1998 Riegers Schulungszentrum im nahen Hetendorf verboten wurde. Hennies habe bei einem "Krisentreffen" unverhohlen seine Sympathie für Rieger geäußert, teilte auch Landrat Wiswe mit. Die Gemeinde Fassberg sieht in der zum Verkauf stehenden Anlage mögliche Nutzungen als Seniorenheim oder auch als Golfanlage. Man konnte sich des Eindrucks nicht erwehren, dass Hennies mit Rieger als Joker Einfluss auf Landkreis- und Gemeindeplanungen ausüben wollte, um so Interessenten mögliche planungsrechtliche Steine aus dem Weg zu räumen - und damit selbstverständlich einen besseren Preis zu erzielen.

In der Sitzung des Bauausschusses der Gemeinde Fassberg am 30.11.2006 wurde bekannt gegeben, dass das Hotel in ein Heim für demenzkranke Menschen umgewandelt werden und das es einen Betreiber aus dem Raum Lehrte gebe der dort schon eine ähnliche Einrichtung bereibt.

Der Genosse MinDewei und andere Gespenster

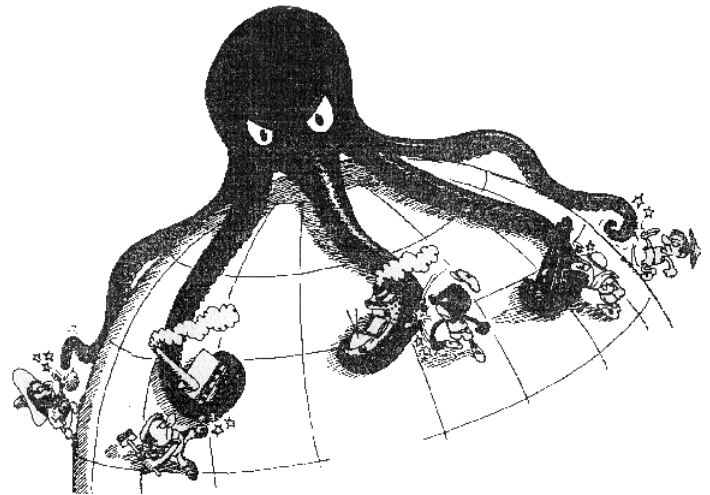
also neulich in China, - Aber! Moment! Werden kluge Leute einwenden: ist China überhaupt ein kapitalistisches Land?- Schauen wir uns einige Fakten an: China ist gegenwärtig der zweitgrößte Erölkonsument, 80% des Bedarfs müssen importiert werden, 70 % davon stammen aus der Golfregion; es gibt aber auch eine weniger bekannte Verflechtung: über eine militärtechnologische Kooperation mit Israel gelangt sogar US-Waffentechnologie ins 'Reich der Mitte', sehr zum Ärger des weißen Hauses. Während in den 1980er Jahren z.B. in Teheran chinesische Produkte allenfalls in Form der Fliegenklatsche Typ "Seidenwurm" zu finden waren, werden dort heute elektronische Produkte, Industriemaschinen und verarbeitete Nahrungsmittel gehandelt. Und für seine Unterstützung des "Kampfes gegen den Terror" erreichte China von den USA die Einstufung des East Turkestan Islamic Movement als einer terroristischen Vereinigung, was das harte Vorgehen Pekings gegen die Uiguren erleichterte.

Immerhin aber gibt es noch ein Ein-Parteien-System, und wie überall auf dem Globus erschafft deren Bürokratie wahre Stilblüten, etwa die Geschichte des Genossen MinDewei. Wie viele Funktionäre in der Hierarchie der Organisationen, war auch er bemüht, die eigenen Verdienste in ein gewisses Licht zu rücken. Im Kreise Fang etwa wurde zahlreichen Grundschulern eines Tages entsprechende Tücher um die Schultern geworfen, die Klassen zu einem Ausflug in die städtischen Hügel ermuntert, und fertig war für die vorbeireisenden Parteibonzen der Eindruck einer gewaltigen Schafherde; ein anderer Beamter kam auf die Idee, einen kompletten Berghang grün färben zu lassen, um den Fortschritt der Urbarmachung zu dokumentieren.

In der Frühe des 16. April 1999 gab es in Danjiangkou, einer Stadt die zum Verwaltungsbezirk von Shiyan gehört, ein großes Ereignis: MinDewei, der Partei-Zellensekretär der Gemeinde Minjiagou, starb an Krebs. Am 17. April befahl der Komiteesekretär einen Kondolenzbesuch. Am 23. April wurde von der Stadt die Kampagne "Lernen von MiDewei" gestartet. Am 28. Mai wurde MinDewei von allen Medien als großes Vorbild der Provinz Hubei dargestellt. Das Volkstheater spielte auf und das Komitee editierte "Das Vorbild - Sammlung der Erfolge MinDeweis".

Kurz: das ganze war von langer Hand vorbereitet und von Ebene zu Ebene wuchsen die Erfolge des Genossen (und damit die seiner Vorgesetzten!) stetig an.

Untypisch an dieser Geschichte ist lediglich deren Ende: durch eine Indiskretion (andere meinen durch Schlampigkeit



innerhalb des Apparates) flog der ganze Schwindel auf, und in die Mikrofone des nationalen "Neues China" konnten die Dorfbewohner von Danjiangkou den wahren Charakter des verdienten Genossen schildern: den eines wahren Ausbeuters, Betrügers uns Blenders. Ganz China lachte im Frühjahr 2000.

Lachen wir mit? - Die Menschen am Fluss haben immer noch keine Pumpenanlage für die Wasserversorgung von Mensch und Vieh; im vermeintlichen "Fortschrittsdorf" liegt die durchschnittliche Zahl der Hühner und Schweine pro Haushalt immer noch bei der Hälfte des Provinzdurchschnitts, das durchschnittliche Einkommen pro Haushalt bei zwei Dritteln.

Nein, das ist nicht mehr zum Lachen; fliegen wir lieber zur Besichtigung eines anderen Gespenstes: Wenige Länder erleben soviel Gewalt, soziale Ungerechtigkeit und ungleiche Verteilung an Gütern wie Peru. Aber auch hier gibt es Menschen, die schon alles haben: Schicke Autos und Häuser, trendy handys und die neuesten Laptops. Damit auch klamottenmäßig alles vom Besten ist, hat sich das Designer-Label "Dark Movement" auf die Produktion ganz besonderer t-shirts verlegt: Odals Runen, ja sogar das deutsche Wort "Blitzkrieg" (sic!) sind besonders in, wenn sich die Söhne und Töchter der Schickeria Limas treffen!

Da ist es denn doch zu Hause am Schönsten: hier ist ein Gespenst gerade doch einmal gestorben, und mit den Geldern aus Industrie und Bankenwelt wird das Mühlenberger Loch freigebuddelt und die Ortschaft Altenwerder erstrahlt in unverändertem Charme; oder haben wir da etwas falsch verstanden?

GEPUNKT

Rechtsextremist erstattet Selbstanzeige



Hans Steding

Der Modekonzern Esprit zieht 200.000 Kataloge zurück, weil in ihnen Kleidung mit Knöpfen abgebildet ist, deren Muster an ein Hakenkreuz erinnert. So stand es sowohl in der Celleschen Zeitung als auch in diversen anderen bundesdeutschen Tageszeitungen. Wobei das Wort "erinnert" durchaus beschönigend ist, denn auf den Knöpfen ist eindeutig ein Hakenkreuz abgebildet, also das Symbol in deren Namen 6 Million Juden in Europa systematisch vernichtet wurden.

Hans Steding aus Bröckel erstattet bei der Generalstaatsanwaltschaft Celle vorsorglich Selbstanzeige wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen erstattet, weil an seiner Jägerkleidung ebenfalls Knöpfe sind, die an ein Hakenkreuz erinnert. Ob der Diplom-Verwaltungswirt und Gemeindedirektor a. D. Steding wirklich um die Belange der Jägerschaft geht, darf bezweifelt werden. Wesentlich wahrscheinlicher ist, dass Steding die Jägerschaft nur nutzt um Geschichtsrevisionismus zu betreiben. Immerhin sei angemerkt das Steding als Rechtsextremist namentlich in dem niedersächsischen Verfassungsschutzbericht 2003 aufgeführt wird. Er war 2003 Landesvorsitzender der niedersächsischen Deutschen Partei und hat ein Jahr später für dieselbe rechtsextremistische Gruppierung zur Europawahl kandidiert.

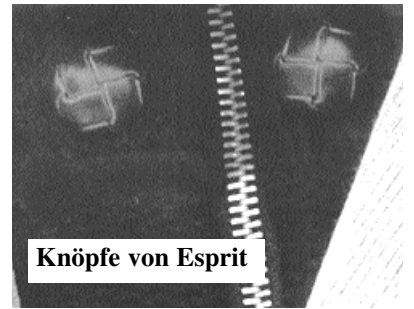
In dem oben genannten Verfassungsschutzbericht heißt es zur Deutschen Partei, das die Gruppierung in ihrer

Publikation gängige rechtsextremistische Argumentationen mit fremdenfeindlichen Tendenzen im Zusammenhang mit dem Thema "Zuwanderung" verwendet, das die DP im Rechtsextremismus gängige Termini verwendet und die Legitimität des freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaates der Bundesrepublik Deutschland in Frage stellt. Die angeführten Beispiele möchte ich der werten Leserschaft ersparen. Außerdem wird angeführt, dass sich in Publikationen der Deutschen Partei Beiträge finden, die geeignet sind, antisemitische Vorbehalte zu schüren und es wird auf die Rede des Bundesvorsitzenden der Partei Heiner Kappel verwiesen, der während einer Rede im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus von "möglicherweise" ermordeten Menschen geredet hat.

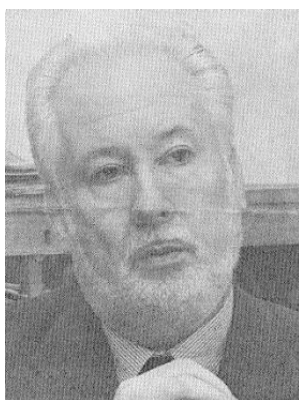
Darüber hinaus ist Steding bereits als Leserbriefschreiber in der rechtsextremen Zeitung "Junge Freiheit" aufgetreten.

Die Cellesche Zeitung berichtet über die Selbstanzeige am 24.10.2006 und ließ Steding auch die Frage aufwerfen, ob in den Nähten von Fußballen ein Hakenkreuz erkennbar sei. Es drängt sich die Vermutung auf, dass es sich hierbei um eine kalkulierte Frage handelt, mit der Absicht in der Gesellschaft eine Gleichgültigkeit gegenüber der Symbolik des Faschismus zu erreichen und so die Verbrechen des Nationalsozialismus zu relativieren.

Dieter Kurz



Heydecke kann es nicht lassen



**Hans-Christian
Heydecke**

Das Hans-Christian Heydecke aus Eldingen, der im Internet immer noch als Vorstand des Vereins Deutsch-Islamisches Institut für Wissenschaftliche und Kulturelle Zusammenarbeit e.V. ausgewiesen wird, im nazistischen Spektrum aktiv ist, dürfte in Celle ja nun hinlänglich bekannt sein. Nachdem er in letzter Zeit mehrmals in der rechtsradikalen Zeitung "Der Preuße" als Leserbriefschreiber in Erscheinung trat, wird er in der Ausgabe Nr.2/2006 als Autor aufgeführt.

In seinem Beitrag beklagt er, das die Bundesregierung "dem Staatspräsidenten eines souveränen Staates vorschreiben" will "was er zu denken und zu sagen hat." Gemeint ist der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad dessen Aussagen von der amtlichen iranischen Nachrichtenagentur Irna verbreitet wurden. Demnach sagte er während einer Pressekonferenz, er akzeptiere nicht die Behauptung, dass Adolf Hitler Millionen Juden getötet habe. "Einige europäische Länder pochen darauf, dass Hitler Millionen unschuldiger Juden in Öfen getötet hat, und sie pochen darauf so sehr, dass sie jeden verurteilen und ins Gefängnis werfen, der etwas Gegenteiliges beweist", erklärte er. "Wir akzeptieren diese Behauptung nicht." Der iranische Präsident betreibt hier offenkundige Holocaustleugnung, das weiß auch Heydecke, trotzdem empfiehlt er der Bundesregierung, dass sie zur Kenntnis nehmen muß, "dass in anderen Ländern, in denen die

Bürger nicht durch ein eigens dafür geschaffenes Gesetz (§130 StGB) entmündigt wurden, über das Thema Holocaust offen diskutiert wird.

Wie so eine von Heydecke angestrebte Diskussion aussehen könnte, kann man erahnen, wenn man ins Impressum der rechtsradikalen Postille schaut. Als Verantwortlicher für die Schriftleitung wird dort Horst Mahler genannt. Mahler, der das Verbot der jüdischen Gemeinden in Deutschland fordert,

wurde am 12. Januar 2005 vom Landgericht Berlin zu neun Monaten Haft ohne Bewährung wegen Volksverhetzung verurteilt. Mittlerweile ist das Urteil rechtskräftig. Grund der Verurteilung waren u. a. die Äußerung von ihm, dass der Hass auf die Juden etwas "ganz Normales" und "das unträgliche Zeichen eines intakten spirituellen Immunsystems, also von geistiger Gesundheit - eine Gesundheit, die Juden - zu recht fürchten" sei.

Dieter Kurz

Man müßte es nur wollen

Solange an der V-Leute-Praxis festgehalten wird, sind Rufe nach einem neuen NPD-Verbotsverfahren heuchlerisch

Von Ulla Jelpke



Als am 18. März 2003 das NPD-Verbotsverfahren vom Bundesverfassungsgericht eingestellt wurde, gab es lange Gesichter bei den Hauptverantwortlichen. Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) und Bayerns Innenminister Günther Beckstein (CSU) hatten das Verfahren in Karlsruhe so dilettantisch geführt, daß die Karlsruher Richter, obwohl sie von der Verfassungswidrigkeit der NPD überzeugt waren, den Prozeß aus formalen Gründen beendeten. V-Leute des Verfassungsschutzes von Bund und Ländern saßen so zahlreich in den NPD-Gremien, daß nicht mehr unterscheidbar war, welche Handlungen und Beschlüsse von der NPD noch "original" und welche dem Staatschutz zuzurechnen waren. Schily, Beckstein und die ihnen unterstellten Verfassungsschutzämter haben den Neofaschisten mit dem gescheiterten Antrag in die Hände gearbeitet, denn diese treten seither umso frecher und ungenierter auf.

In der nun wieder aufgeflammtten Debatte melden sich in heuchlerischer Weise gerade diejenigen Kräfte wieder zu Wort, die zum einen das seinerzeitige Verbotsverfahren gegen die Wand gefahren haben, nämlich CDU/CSU und SPD, und die zum anderen stets wirksame rechtliche Schritte zur Bekämpfung der Neonazis blockiert haben. So sind beispielsweise alle Anträge der PDS, eine Antifaschismus-Klausel ins Grundgesetz aufzunehmen, an der ablehnenden Haltung auch von CDU/CSU und SPD im Bundestag gescheitert. Selbst die Auffassung der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA), daß die NPD als politische Nachfolgeorganisation der NSDAP automatisch verboten sei, wurde von CDU/CSU und SPD nie unterstützt.

Nun rufen SPD-Spitzenpolitiker wie Vizekanzler Franz Müntefering, Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit oder Innensenator Ehrhart Körting wieder laut nach dem Verbot der NPD. Und Günther Beckstein hat sogar ein Zurechtbiegen des Gesetzes über das

Bundesverfassungsgericht befürwortet. "Den Vorschlag aus der SPD-Bundestagsfraktion, das Bundesverfassungsgerichtsgesetz so zu ändern, daß nicht mehr eine Minderheit des Gerichts ein NPD-Verbot blockieren kann, unterstütze ich", erklärte er am Montag in München. Zur Begründung verwies Beckstein darauf, daß das Gericht auch über die Verfassungswidrigkeit von Gesetzen mit einfacher Mehrheit entscheide. Bei einem Parteiverbot bedarf es dagegen einer Mehrheit von zwei Dritteln des Senats.

Die Bundesregierung hat schon abgewinkt und durch Justizministerin Brigitte Zypries (SPD) erklärt, man sehe keine Chance für ein neues Verfahren. Peinlich für die Ministerin: Der ehemalige Verfassungsrichter Hans-Joachim Jentsch, der innerhalb des Gerichts Berichterstatler im NPD-Verbotsverfahren gewesen war, belehrte die Regierung in der Süddeutschen Zeitung (Dienstausgabe), "ein Verbotsverfahren sei ohne Gesetzesänderung jederzeit wieder möglich". Die Anforderungen seien nicht so hoch, wie oft behauptet werde. "Das Gericht hat keineswegs den Abzug sämtlicher staatlicher V-Leute aus der NPD verlangt, sondern nur aus deren Führungsebene", wies Jentsch den Weg zu einem erfolgreichen neuen Verfassungsprozeß. Ähnliche Hinweise haben übrigens bereits früher Verfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier und der das damalige Verfahren leitende Vizepräsident Winfried Hassemer gegeben.



Entscheidend für die Niederlage in Karlsruhe 2003 war das Chaos, das das Bundesamt für Verfassungsschutz und die Landesverfassungsschützer angerichtet hatten. Die Richter hatten die Ablehnung seinerzeit folgendermaßen begründet: "Die Beobachtung einer politischen Partei durch V-Leute staatlicher Behörden, die als Mitglieder des Bundesvorstands oder eines Landesvorstands fungieren, unmittelbar vor und während der Durchführung eines Parteiverbotsverfahrens ist in der Regel unvereinbar mit den Anforderungen an ein rechtsstaatliches Verfahren. Staatliche Präsenz auf der Führungsebene einer Partei macht Einflußnahmen auf deren Willensbildung und Tätigkeit unvermeidbar." Das Gericht stellte fest, daß schon nach den Angaben der Antragsteller in den Landesvorständen der NPD im Schnitt jeweils ein bis zwei V-Leute plaziert gewesen seien und auf der Ebene des Bundesvorstands der Bund "seine nachrichtendienstlichen Kontakte nach Antragstellung" fortgesetzt habe. Die Antragsbegründungen seien zweifelsfrei "in nicht unerheblicher Weise" auf Äußerungen von Mitgliedern der NPD gestützt worden, die als V-Leute für staatliche Behörden tätig sind oder tätig waren, "ohne daß dies offen zu einem Gegenstand der Erörterung im Verfahren" gemacht worden sei.

Wenn man diese Entscheidung vom 18. März 2003 rekapituliert, so heißt dies im Klartext: Die NPD ist verfassungswidrig. Die Bundesregierung und die anderen Antragsteller haben aber im Verfahren nicht mit offenen Karten gespielt und zu großen Einfluß durch V-Leute auf die NPD-Führungsebene genommen. Ein neuer Verbotsantrag hätte daher Erfolg, wenn die Verfassungsschützer ihre Symbiose mit Neonaziführungsgremien beenden und den Umfang der Beobachtung von vornherein dem Gericht offenbaren würden. Es ist kein Grund ersichtlich, warum man nicht sofort so vorgehen könnte. Das setzt aber voraus, daß man es ernst meint mit einem Verbot der NPD und sich nicht nur aus Opportunismus und Parteitaktik der Forderung nach einem neuen Verbotsantrag anschließt.

entnommen: Junge Welt 265, 15.11.2006

Leserbrief Tatort Kongo

Endlich ist auch von militärischer Seite zum Kongo-Einsatz öffentlich kritisch Stellung genommen worden, der angeblich in erster Linie der Absicherung demokratischer Wahlen dient. Wirksamen Schutz vor Unruhen bei den Wahlen kann die militärische EU-Präsenz mit 2.000 Soldaten nicht bieten. Dem stehen schon Armeen des kongolesischen Präsidenten mit 15.000 und des Vizepräsidenten mit 6.000 Mann im Weg.

Wahlabsicherung als humanitäre Aufgabe klingt überzeugend in den Ohren der Bevölkerung. Aber darum geht es vorrangig keineswegs. Im Zusammenhang mit dem kürzlich in Celle durchgeführten Standorttag des Bundeswehrverbands hat Stabshauptmann Schönmeier richtig erkannt, dass die Kongo-Mission "dem deutschen Machtstreben innerhalb der UN dient." Der Einsatz soll Anzahlung auf den Preis sein für Deutschlands ständigen Sitz im Sicherheitsrat.

Die gleiche Linie wie das deutsche Drängen an die Nahost Front, um mit Marineeinheiten die libanesische Küste zu sichern. Und neben diesem politischen steht ein wirtschaftliches Ziel: Sicherung ökonomischer Ressourcen, im Bundestag klargestellt vom Abgeordneten v. Klaeden: „Wir haben aber auch ein Interesse daran ... dass die Rohstoffe nach einem fairen Verfahren so abgebaut werden, dass sie auch von Ländern wie ... Deutschland genutzt werden können." Ob alle deutschen Soldaten wie behauptet bis Weihnachten zurück sind? Bei Ausbruch des 1. Weltkriegs im August 1914 wurde vom Kriegsministerium vollmundig getönt, dass die Truppen bis Weihnachten wieder zu Hause sind. Hoffentlich dauert es diesmal nicht wie damals 4 Jahre bis zur Rückkehr unter den Tannenbaum.

Hans Steuernagel

Gorleben - mit Rückenwind in die Pause!?



Als sich der vom Celler Forum gegen Atomenergie gecharterte Bus zur Auftaktkundgebung nach Gorleben viel schneller füllte, als erwartet, war fast klar: Der 10. Castor-Transport würde die ihm gebührende Beachtung finden. Und so war es denn auch: Zur Demonstration gegen die Atomwirtschaft kamen über 6000 TeilnehmerInnen - mehr als in den Vorjahren. Deshalb konnte der Sprecher der BI Lüchow-Dannenberg, Francis Althoff, schon am Demosamstag konstatieren: "Der Druck von der Straße gegen ein unverantwortbares Endlager im maroden Gorlebener

Salzstock wird nicht aufhören." Er forderte die Bundesregierung auf, endgültig auf einen Endlagerstandort Gorleben zu verzichten.

Da der Transport in diesem Jahr einen Tag früher als üblich gestartet war, gingen die direkten Aktionen an der Schienenstrecke von Lüneburg bis Dannenberg schon am Sonntag los. Und nachdem bei einigen Aktiven vor zwei, drei Jahren die Bilanz manchmal eher frustig ausgefallen war, kann man - wie schon im letzten Jahr - wieder sagen: "Irgendwas geht immer - und manchmal steht er dann auch kurz, der Atommülltransport." Trotz des traditionell gruseligen Wetters - Kälte und Regen - war auch auf beiden

Straßentransportstrecken jede Menge unterschiedlichster Action. Die Polizeikräfte wurden ordentlich beschäftigt, so dass beim nächsten Mal statt eines Abbaus, eher wieder mehr Personal benötigt werden dürfte.

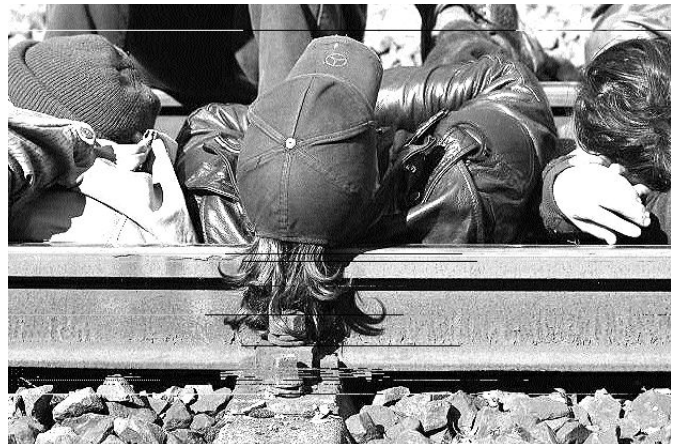
Und hoffentlich kommt auch die unlösbare Frage der Endlagerung wieder in die Diskussion. Ursula Schönberger von der AG gegen das geplante Endlager für schwach-mittelradioaktiven Müll in Schacht Konrad bei Salzgitter verwies in ihrem Kundgebungsbeitrag auf die katastrophale Situation in der Asse II (Steinsalzlaugenzuflüsse) und in Morsleben (Wasserzuflüsse, Einsturzgefahr): "Die Beispiele der beiden existierenden Endlager zeigen, dass die Atomindustrie immer nur nach dem Motto gehandelt hat: Hauptsache, wir haben den Müll billig los - was kümmern uns die späteren Probleme. Wir dürfen nicht zulassen, dass dies so weiter geht. Der radioaktive Müll kann nicht sicher eingeschlossen werden. Deshalb müssen wir uns gerade vor dem Hintergrund der Debatte um die Verlängerung der Laufzeiten deutscher Atomkraftwerke gegen jegliche Scheinlösung wehren. Erst müssen die AKWs abgeschaltet werden dann muss man die >beste< Lösung für den Müll suchen."

Der Atommülltransport fuhr übrigens in diesem Jahr erneut über Celle. Am Sonntag, den 12.11., durchquerte er um 9.11 Uhr den Celler Bahnhof. Sämtliche Brücken und Bahnunterführungen wurden mindestens eine Stunde vor der Durchfahrt polizeilich überwacht. Dabei wurde beispielsweise Passanten untersagt, die Unterquerung der Brücke von

der Biermannstraße zum Sportplatz an der Kampstraße zu benutzen. Dies geschah gegenüber einer jungen Frau und ihrer kleinen Tochter auch mit dem Hinweis auf eine mögliche Strahlengefährdung. Im Jahr 2008 soll es keinen Castor-Transport geben. Die Anti-AKW-Bewegung wird sich voraussichtlich auf den G 8-Gipfel in Heiligendamm konzentrieren, um vor den Kameras der Weltöffentlichkeit gegen die Atomwirtschaft und für eine solare Revolution zu agieren.

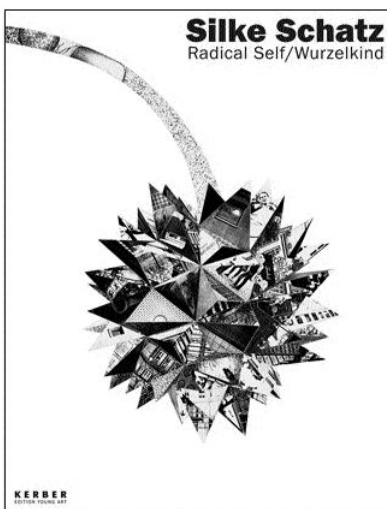
Fotos und Videos von den diesjährigen Aktionen gibt es im Internet unter: <http://www.randbild.de/>; <http://www.subkontur.de/antiatom.html>; <http://kanalb.org/>

Das Celler Forum gegen Atomenergie trifft sich an jedem ersten Dienstag im Monat um 20 Uhr im Bunten Haus.



LITERATUR

Radical Self - Wurzelkind Katalog zur Ausstellung



Die Meinungen gingen auseinander unter jenen, die im Frühjahr die Ausstellung "Silke Schatz. Radical Self - Wurzelkind" besucht hatten. Aber das ist ja nicht ungewöhnlich bei moderner Kunst. Für jene, die es dann doch einigermaßen spannend fanden, wie sich Silke Schatz mit ihren Celler Wurzeln auseinandergesetzt hat, gibt es jetzt die

Möglichkeit, die Beschäftigung noch einmal aufzunehmen. Im Kerber Verlag ist ein Katalog erschienen, in dem Anita Shah die ausgestellten Objekte beschreibt und die biografischen Bezüge der 1967 in Celle geborenen Künstlerin heraus-

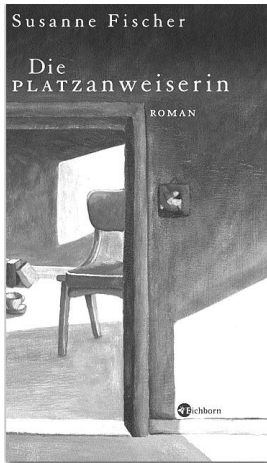
arbeitet. Ein kürzerer Aufsatz von Ulrich Krempel stellt Werkzusammenhänge her und erläutert die Techniken und den Entwicklungsprozess der Künstlerin.

Hochinteressant ist das den Katalog abrundende Gespräch, das Michael Krajewski mit Silke Schatz geführt hat. Im Mittelpunkt des einen Werkkomplexes stand ja die Auseinandersetzung mit der SS-Vergangenheit ihres Großvaters. Im Interview wird angerissen, wo die Schwierigkeiten des Zugriffs auf diesen Teil der Familiengeschichte liegen. Die Einkehr der Moderne in die Fachwerkstadt über die Architektur Otto Haeslers bildete den anderen Schwerpunkt der Celler Ausstellung. Dieser Teil der Ausstellung ist insbesondere über die Fotos des Katalogs gut dokumentiert und mit Impressionen aus der "Fachwerkstadt" kontrastiert. Und dass Silke Schatz in diesem Zusammenhang auch das Tor-Triptychon des Bunten Hauses fotografiert hat, gibt ein kleines Rätsel auf.

Silke Schatz. Radical Self - Wurzelkind, herausgegeben von Anita Shah; 96 S., Kerber-Verlag, ISBN: 3938025786, 34,50 Euro

Susanne Fischer

Die Platzanweiserin



"Häuser benötigen uns nicht, wir stören eher. Sie leben für sich. Es wundert mich schon lange, dass das niemand bemerkt zu haben scheint. Die meisten Leute wissen noch nicht einmal, ob das Haus, in dem sie leben, sie leiden kann oder nicht." Häuser bieten keine Geborgenheit, aber Menschen auch nicht. Christina Genthe verbringt ihre Zeit damit, zum Verkauf stehende Immobilien zu besichtigen. Das macht sie zumeist mit Max, dem kleinen Sohn einer Nachbarin, der sich weder für Häuser, noch für

Menschen, sondern ausschließlich für Tiere interessiert - egal ob tot oder lebendig. Ihr Gespür für Häuser und das, was mit und in ihnen schief läuft, hat die in Hamburg lebende Anfang Dreißigerin während einer kurzen Phase als Mitarbeiterin eines Maklers kennen gelernt. Einen Beruf hat sie nicht erlernt, eine Berufung nur einmal als Platzanweiserin in einem Kino erlebt. Doch außerhalb eines Kinos scheint nichts am richtigen Platz zu sein. An all dem ändert sich wenig, als Thomas, der Bruder einer längst vergessenen Schulfreundin sie kontaktiert - aber längst vergangene Zeiten werden in dieser Konfrontation wieder wach. Denn Thomas ist seit Jahren verfangen in einer manischen Suche nach seiner verschwundenen Schwester. Und die Geschichte, die sich Christina über diese Rita und auch über ihre ehemalige Freundin Tamara zurechtgelegt hat, erweisen sich als Chimären. Und selbst wo die Traumatisierung ihrer "Entjungferung" in einem nach Socken stinkenden Zelt in Griechenland, ihr Verhältnis zu Männern (und zu Griechenland) zu besiegeln schien, kommt

etwas in Bewegung durch die Begegnung mit Paul, dem "Leuchtturm" genannten Freund von Thomas.

Susanne Fischer hat mit der "Platzanweiserin" einen Roman geschrieben, der auf 190 Seiten eine unglaubliche Dichte von Motiven entwickelt: die Unbehaustheit der Moderne, die Konflikte aus der Behauptung von Autonomie und dem Wunsch nach Nähe, die Hohlheit von Lebensentwürfen, Edward Hoppers Bilderwelten ...

Es ist nebenbei auch die Beschreibung jenes Teils einer Generation, die aufgewachsen in den 1970er Jahren ein Gespür für die Radikalität des von der RAF propagierten Bruchs und der Bedeutung der Toten von Stammheim hatte. Interessanterweise spielt der Roman nicht heute, sondern in der Zeit des New Economy Hypes Mitte der 1990er und damit dem Startschuss für jenen zynischen Neoliberalismus, der diese Generation vor eine Entscheidung stellte ("Which side are you on?"). Die Konsequenz, die Christiana Genthe daraus gezogen hat: "Ich mache einfach gar nichts mehr. Wenn ich wenigstens drogensüchtig wäre, dann hätte ich eine Ausrede. ... Und wenn ich ihnen [ihren Eltern] sagen würde, daß ich eine Ausbildung in chinesischer Tanzpädagogik oder so beginne und gestern entdeckt hätte, daß ich lesbisch bin, würden sie jubeln ..." Diese Verweigerung aber ist es, die ihren Blick auf die gesellschaftlichen Verhältnisse schärft.

Susanne Fischer, die seit 15 Jahren Mitarbeiterin bzw. Geschäftsführerin der Arno Schmidt Stiftung in Bargfeld ist und in Hohne lebt, ist ein wirklich brillianter Roman gelungen. Die zum Teil skurrilen Szenarien und ihre Protagonisten - inklusive einer Kröte namens Uschi - sind so genau gezeichnet, dass es fast kein Drehbuch bräuchte, um daraus einen Film zu machen. Vielleicht sollte man Wim Wenders das Buch mal zukommen lassen.

Susanne Fischer: Die Platzanweiserin. Roman. Eichborn Frankfurt ISBN 3-8218-5755-2, 17,90

Raul Zelik

Berliner Verhältnisse

Wie oft haben wir uns schon geärgert, wenn eine Romanverfilmung mal wieder nicht hielt, was das Buch versprach. Bei Raul Zeliks neuem Roman geht's mal anders herum. Man merkt dem Buch an, dass ihm ein Filmkonzept zugrunde lag. Und so stellt sich ein Lesevergnügen eher ein, wenn man sich die Story - wie wohl geplant - von Detlev Buck verfilmt vorstellt.

Erzählt wird die Geschichte aus der Perspektive von Mario, einem 32-jährigen Erwerbslosen, der mit seiner Kreuzberger Wohngemeinschaft ins Inkasso-Geschäft einsteigt. Wollte die WG zunächst nur ihren rumänischen

Nachbarn dabei helfen, endlich ausstehende Löhne zu bekommen, so entwickelt sich das "Unternehmen" schnell zu einer einträglichen Angelegenheit. Komödiantisch wird die temporeiche Story durch die Beziehungskompliziertheiten, die der Held mit seiner Familie, insbesondere aber auch mit seiner neuen Freundin Melek, durchlebt. Zur Abwendung eines "tragischen" Ausgangs tragen am Ende nicht nur Szenetricks- und kniffe, sondern auch die Verbindungen zu einem Mikrokosmos illegaler Einwanderer bei.

Die Kategorisierung als "Unterschichtenroman" ist wenig hilfreich und soziologisch eher daneben. Denn die beschriebene

nen Typen haben wenig mit jenen gemein, die nachmittags bei den Privaten zu bestaunen sind, und auch nichts mit "echten" Malochern und ihren Lebenswelten. Es ist schon Szene in die Zelik eintaucht, Linke und Halblinke, die solidarische Beziehungen zu MigrantInnen zu knüpfen bereit und in der Lage sind. Trotzdem: In diesem Milieu gibt's niemanden mehr, der noch einen normalen Lohnarbeitsjob hätte. Man schlägt sich durch: Kleinkriminell oder vermeintlich großkriminell, mit beschissenen Schwarzarbeitsjobs oder durch den Beschiss von Touristen. Dass es sich letztlich um eine (Film-)Komödie handelt, wird insbesondere darin deutlich, dass

"Leiden" höchstens aus Beziehungsmissverständnissen erwächst. So ist's im Unterschied zu Zeliks früheren Arbeiten kein Roman geworden, der einem neben Spannung auch zum Verständnis von gesellschaftlichen Konflikten hilft, sondern ein Buch für den Badeseer oder die Zugfahrt. Wenn Detlev Buck allerdings irgendwann einen Film daraus machen würde, könnte es eine richtig unterhaltsame Komödie werden.

Raul Zelik: Berliner Verhältnisse - Unterschichtenroman. ISBN 3-936738-18-1, 320 Seiten, 18 €, Blumenbar-Verlag München.

Neuer Celle Krimi

"Das andere Blut" spielt im Milieu des Landgestüts



Man konnte darauf hoffen, dass Andree Hesse seinem Celle-Krimi "Der Judaslohn" vom vergangenen Jahr einen zweiten Band folgen lässt. Und tatsächlich: Sein Kommissar Arno Hennings ermittelt wieder. "Das andere Blut" heißt der im Oktober erschienene Band. Diesmal siedelt Hesse seine Geschichte im Milieu des Landgestüts an. Die Welt der Pferde ist dem im Landkreis Celle aufgewachsenen und heute in Berlin lebenden Autor bekannt. In den 1980er Jahren machte er

in einer Sattlerei in Eicklingen eine Lehre und tourte mit seinem Lehrmeister, der 1985 Weltmeister der Zweispänner war, durch ganz Europa.

Und doch spielen die Pferde nur Nebenrollen. Reitstiefel, Uniformen, Stolz - damit werden die Kriminalisten auf ihrer Jagd nach dem Mörder eines jungen Mädchens konfrontiert. In Verdacht gerät auch ein junger, mit der Getöteten befreundeter Mann, der seine Umwelt mit Symbolen und Ritualen aus der Gothic-Szene provoziert. Die räumliche und zeitliche Nähe zu Taten eines Pferde-Rippers gibt zusätzliche Rätsel auf. Aber schon der Titel lässt erahnen, dass die Suche nach einem Tatmotiv in verwickelte Familiengeschichten führen könnte.

Seinen ermittelnden Kommissar hatte Andree Hesse in "Der Judaslohn" aus Berlin in seine Heimatstadt Celle zurückkehren lassen. Jetzt lernen die Leser seine Freundin Aglaja besser kennen und seinen Bruder Philip, der als Musiker in

den USA lebend gerade mit seiner Band in Deutschland unterwegs ist. Mit ihm wird ein Motiv wieder aufgenommen, das Arno Hennings schon bei seinem ersten Fall begleitete - die Liebe zum Bluesrock der 1970er Jahre. Und daraus macht Hesse mehr als ein habituelles Accessoire; er versteht es, mit Textzeilen und stilistischen Anmerkungen die Stimmungslagen seines Protagonisten zu spiegeln. Und witzig ist es auch zuweilen. Mir war jedenfalls der Synchronisationsfehler aus dem Blues-Brothers-Film bisher nicht aufgefallen, wo die Blues-Harp tatsächlich mit "Harfe" übersetzt wurde.

Leser aus dem niedersächsischen Südheide-Raum werden mit viel Vergnügen die genretypischen Elemente des Regionalkrimis goutieren: Man kennt die Orte, kennt die Milieus, kennt die Menschen, und zumeist kennt man sie so, wie Hesse sie beschreibt. Bei seinem ersten Celle-Krimi war Hesse ein topographischer Lapsus unterlaufen, auf den er bei einer Lesung vor Ort prompt hingewiesen wurde. Es zeugt vom selbstreferenziellen Witz des Autors, wohl in Reaktion darauf wieder einen Fehler versteckt zu haben.

Die Geschichte selbst ist flüssig erzählt, die möglichen Tatmotive vielfältig, aber überschaubar, und wie bei einem guten Rocksong gelingt Andree Hesse ein dynamisches, temporeiches Finale. Der in der Popmusik übliche Vergleich des Debütalbums mit dem Nachfolger geht bekanntermaßen immer zugunsten des Erstlings aus; das gilt tendenziell auch für "Das andere Blut". Aber: Der Berliner Schriftsteller dürfte es geschafft haben, dass die meisten Leser auf eine weitere Fortsetzung hoffen. Die Beziehungsmuster seiner Figuren sind entwicklungsfähig und Stoff genug scheint die Provinz zu bieten. Denn Hesse hat schon angekündigt: "Der neue Fall ist in der Mache."

Andree Hesse: Das andere Blut. - Reinbek: Wunderlich Verlag 2006.- 416 S., geb., 19,90 EUR, ISBN 3-8052-0827-8

Termine im Kino achteinhalb:



Kino achteinhalb, Gelände der CD-Kaserne neben dem Bunten Haus, Hannoversche Str. 30, Cella
Wenn nichts anderes erwähnt wird, immer freitags, Beginn: 20.30 Uhr
Eintritt: 4,50 EUR

15. und 16. Dezember

Volver - Zurückkehren

Länge: 120 Minuten

Regie und Drehbuch: Pedro Almodóvar

Darsteller: Penélope Cruz, Carmen Maura, Lola Dueñas, Chus Lampreave

Zwei Schwestern kehren aus Madrid in ihr Heimatdorf in der La Mancha zurück, um das Grab ihrer Familie zu pflegen. Beim Besuch ihrer betagten Tante werden Erinnerungen an dunkle Geschehnisse wach, die mit Eifersucht, Gewalt und Totschlag verbunden sind. Mischung aus Groteske und Komödie, in der Pedro Almodóvar mit leichter Hand die verschlungenen Geheimnisse einer drei Generationen umfassenden Frauendynastie skizziert. Die Hommage an die pragmatische Lebensweisheit der Frauen überzeugt durch die souveräne Kombination widersprüchlicher Elemente, wobei vor allem der gelassene Umgang mit dem Tod überrascht.

22. und 23. Dezember

Wie im Himmel

Länge: 125 min.

Regie: Kay Pollak

Der weltberühmte Dirigent Daniel Dareus kehrt nach einem schweren Kollaps in sein schwedisches Heimatdorf zurück. Eigentlich wollte er sich von der Welt zurückziehen, doch als er das Amt des Kantors antritt, findet er über seine Leidenschaft für die Musik auch zu den Menschen zurück. Bei seiner Arbeit mit dem bunt zusammengesetzten Chor der kleinen Gemeinde entfaltet sich vor ihm allmählich ein ganzer Mikrokosmos menschlicher Sorgen und Nöte, und er ist überglücklich, als er erkennt, dass er mit Hilfe der Musik einen Weg in die Herzen der anderen findet. Das ist die Erfüllung seines Traums, mit dem er vor Jahrzehnten aus dieser Gegend aufgebrochen war

26.12. Dezember

Spiel mir das Lied vom Tod

Länge: 164 Minuten

Regie/Buch: Sergio Leone,

mit Claudia Cardinale, Jason Robards, Henry Fonda, Charles Bronson

Edel-Italowestern

29. und 30. Dezember

Der Blaumilchkanal

Länge: 87 Minuten

Regie/Buch: Ephraim Kishon,

Ein harmloser Geisteskranker reißt mit Hilfe eines gestohlenen Preßlufthammers die meistbefahrene Straße Tel Avivs auf, was einen heftigen Streit rivalisierender Behörden auslöst.

5. und 6. Januar

Chocolat - Ein kleiner Biss genügt

Länge: 121 Minuten

Regie: Lasse Hallström

Juliette Binoche, Johnny Depp, John Wood, Leslie Caron, Lena Olin, Alfred Molina

Eine kokette junge Frau versetzt im Jahr 1959 die sittsamen Bürger eines abgelegenen französischen Dorfs mit der Eröffnung einer Chocolaterie in Unruhe und führt sie in vielerlei Versuchung. Romantische Komödie mit berührenden und tragikomischen Momenten, die für Toleranz und die Würde des Menschen ebenso wie für Sinnlichkeit und Lebensfreude plädiert

12. und 13. Januar um 20.30 Uhr

14. Januar um 17 Uhr und 20 Uhr

Wer früher stirbt, ist länger tot

Länge: 105 Minuten

Regie: Marcus Hausham Rosenmüller

Darsteller: Markus Krojer, Fritz Karl, Jule Ronstedt, Jürgen Tonkel, Saskia Vester, Franz Xaver Brückner

In einem oberbayerischen Dorf lebt der elfjährige Sebastian zusammen mit seinem Vater und seinem Bruder Franz. Der bemerkt eines Tages, dass Sebastian am selben Tag geboren wurde, an dem die Mutter starb. Sebastian fühlt sich schuldig am Tod der Mutter.

Diese Schuldgefühle und sein Sündenregister für die vielen Streiche, die der Lausbub schon angestellt hat, bereiten ihm Alpträume. In seinen Träumen sieht sich Sebastian schon im Fegefeuer. Um diesem Schicksal zu entgehen, sieht er nur zwei Möglichkeiten: als Rockstar unsterblich zu werden oder für den Vater eine neue Frau zu finden.

19. und 20. Januar

Ein perfekter Platz

Produktionsort/- jahr: Frankreich 2006

Kinostart am 31.8.06

Länge: 105 Minuten

Regie: Danièle Thompson

Darsteller: Cécile de France, Valérie Lemercier, Albert Dupontel, Claude Brasseur, Dani, Christopher Thompson, Sydney Pollack

In einer Pariser Brasserie treffen Menschen aufeinander, die sich in einer Umbruchphase befinden: eine Serien-Darstellerin, die anspruchsvolle Rollen will, ein Regisseur aus Hollywood, der frankophil wird, ein Konzertpianist, der lieber in Jeans auftreten will, ein Kunstsammler, der die Sammlung verkauft, der er sein ganzes Leben widmete. Zusammengehalten wird der perfekt besetzte Ensemble-Film von einer jungen Frau, die in der Brasserie arbeitet.

Termine im Kino achteinhalb:

26. und 27. Januar

Thumbsucker - Bleib wie du bist!

Länge: 94 Minuten

Regie: Mike Mills

mit Vince Vaughn, Keanu Reeves, Lou Taylor Pucci

Ein 17-jährigen Schüler lutscht zum Leidwesen seiner Eltern noch immer am Daumen, verursacht enorme kieferorthopädische Kosten und verschleißt seinen Therapeuten

THUMBSUCKER ist ein Highlight des amerikanischen Independent-Kinos, voller Wahrheit und stiller Komik, getragen von einem hervorragenden Darstellerensemble. Lou Taylor Pucci wurde für seine erste Hauptrolle gleich mit dem Silbernen Bären und in Sundance mit dem Spezialpreis der Jury ausgezeichnet.

sieht der Stamm großes Unheil kommen, das Mädchen aber seine Chance. Eine betörend schöne, in traumhaften Bildern eingefangene Geschichte, die sowohl die Lebendigkeit von Traditionen und Legenden als auch die zunehmend prägende aktuelle Lebenswirklichkeit sowie die emanzipatorischen Bestrebungen der nachwachsenden Maori- Generationen überzeugend darstellt.



2. und 3. Februar

Das Leben, das ich immer wollte

Länge: 125 min

Regie: Giuseppe Piccioni

Zwei Schauspieler, wie sie unterschiedlicher nicht sein können, verlieben sich am Set eines Kostümfilms. Während Stefano als Star der Produktion sich selbst darüber definiert, sein Spiel und seine Gefühle 100-prozentig unter Kontrolle zu haben, ist die Neuentdeckung Laura in der weiblichen Hauptrolle sich nicht so sicher, ob es zwischen ihrem Spiel und ihren eigenen Gefühlen eine Trennungslinie gibt

16. und 17. Februar

Eine unbequeme Wahrheit

Länge: 95 Minuten

Regie: Davis Guggenheim

Darsteller: Al Gore

Seit Jahren ist Ex-US-Vizepräsident Al Gore weltweit mit einer fulminanten Dia-Show unterwegs und zeigt, was die globale Erwärmung auf Erden anrichtet, wie tief manch ökologisches Gleichgewicht gestört ist.

9. und 10. Februar

Whale Rider

Länge: 101 Minuten

Regie/Buch: Niki Caro

Der traditionsbewusste Führer eines Maori-Stammes auf Neuseeland kann nicht akzeptieren, dass ihm seine Tochter nur eine Enkelin statt eines Nachfolgers schenkte. Das inzwischen zwölfjährige Mädchen versucht alles, ihn von seiner Haltung abzubringen. Als Wale, die heiligen Tiere der Maori, an den Strand gespült werden,

23. und 24. Februar um 20.30 Uhr

Thank You for Smoking

Länge: 92 Minuten

Regie/Buch: Jason Reitman

Ein Lobbyist im Dienst der amerikanischen Tabakindustrie unternimmt alles, um etwaigen Schaden von seinen Arbeitgebern abzuwenden. In einem Senator, der Zigarettenschachteln mit Totenköpfen versehen will, findet er einen energischen Widersacher. Elegant und leicht entwickelte Satire auf Lobbyismus, Politik, Hollywood und die Boulevardpresse, die die unterschiedlichen Zynismen genüsslich vorführt und hintergründig unterhält.

TERMINE

Sa. 16.12.2006, 20:00 Uhr

"Candide oder der Optimismus"

Theater-Solo nach einem Roman von Voltaire (1759). Es spielt: JUTTA SEIFERT. Madame Denis, die Nichte und Haushälterin Voltaires, schildert uns - heimlich zwischen Kochtopf und Küchentisch - mit ihrem sprudelnden Temperament diese viel gelesene, belachte und entlarvende Parodie auf den Optimismus des Philosophen Leibnitz. Ein prächtiges Schelmenstück, urkomisch und bitterzynisch.

Eintritt: 11,00 / erm. 7,00

Kunst & Bühne, Celle, Nordwall

Sa., 16.12.2006, 20:00 Uhr

Anna singt

Eintritt: 12,00

CD-Kaserne, Celle, Hannoversche Str. 30

So., 17.12.2006, 15:00 Uhr

Literatur - Links

Mit "Lesetipps" beendet der Celler Rosa Luxemburg Club sein diesjähriges Programm. Mitglieder und Freunde der Initiative stellen bei Tee und Gebäck ihre Lieblingslektüre des ablaufenden Jahres vor. Auf das Verhältnis zwischen Krimi und Kapitalismuskritik darf man

gespannt sein.

Buntes Haus, Celle, Hannoversche Str. 30f

So., 17.12.2006, 17:00 Uhr

"Hilfe, die Herdmanns kommen"

Auf Einladung von achteinhalb kino & kultur liest ANKE ENGELSMANN aus dem Buch von Barbara Robinson (geeignet für Kinder ab 10 Jahre).

Eintritt 8 / Kinder 5

Kunst & Bühne, Celle, Nordwall

Do., 21.12.06, 20:00 Uhr

Antifa Info Abend mit Film

TERMINE

Filmabend zum Thema Überwachung.
UJZ Korn (Kornstr. 28-30), Hannover
Eine Veranstaltung der
Antifaschistischen Aktion Hannover
[AAH].
Mehr Infos auf www.antifa-hannover.tk

Sa., 23.12.2006, 21:00 Uhr

Rocktail - The Band
Eintritt: 5,00
CD-Kaserne, Celle, Hannoversche Str.
30

Sa., 23.12.2006, 20:00Uhr

"Grippenspiel"
Die Stptokokken - Krankheit und
Unterhaltung in einem! Wenn Sie sich
gerne vor Lachen schüttelfrosten, dann
werden Ihnen die beliebten Bakterien
etwas husten. Inken Röhrs und Elisa
Salamanca servieren eine groovige
Grippe mit stimmungsvollen
Weihnachtsliedern, besinnlichen
Märchen und Steggebäck.
Eintritt: 11,00 / erm. 7,00
Kunst & Bühne, Celle, Nordwall

Mo., 25.12.2006, 20:00 Uhr

X-mas Jam - das Original!
Die Celler Rockmusik-Initiative hat
wieder etliche Bands am Start, von
wahrhaft weihnachtlichen
Getränkpreisen und einer Tombola
wird gemunkelt - Lasst Euch überraschen.
Buntes Haus, Celle,
Hannoversche Str. 30f

Sa., 30.12.2006, 20:00 Uhr

STEIFE BRISE - Improvisationstheater
Beim spannendsten Theater der Welt
wird nichts geprobt und nichts abge-
sprochen. Jeder Auftritt ist eine
Uraufführung. Das Publikum gibt einen
Ort, eine Stimmungslage oder ein Genre
als Vorgabe und die Schauspieler
machen daraus eine Geschichte. Vom
klassischen Drama über die Komödie
bis zum absurden Tanztheater wird alles
aus dem Stegreif entwickelt. Die
Schauspieler feuern grandiose Pointen
ab. Das Publikum führt dabei Regie.
Eintritt: 11,00 / erm. 7,00
Kunst & Bühne, Celle, Nordwall



So., 31.12.06, 21:00Uhr

Antifa Silvester Party
Party zum Jahresende mit Cocktails,
Wodkarutsche und Chillout Area.
UJZ Korn (Kornstr. 28-30), Hannover
Eine Veranstaltung der
Antifaschistischen Aktion Hannover
[AAH].
Mehr Infos auf www.antifa-hannover.tk

Sa., 13.01.2007, 20:00 Uhr

Josa X Benefiz-Konzert mit: Napoleon
(bakannt vom RaR + RiP 2006), sec.100
(Bielefeld), Südwind (Celle), Yell of
Rage (Bielefeld) - und im cafe an den
tellern: remixfelix
Buntes Haus, Celle, Hannoversche Str.
30f

So., 21.01.2007, 11:00 Uhr

Häftlinge aus Frankreich im
"Aufenthaltslager" Bergen-Belsen
Führung mit Janine Doerry durch das
Dokumentationszentrum
und über das Gelände des ehemaligen
Lagers
Gedenkstätte Bergen-Belsen

So., 27.01.2007, 11:00 Uhr

Gedenktag für die Opfer der nationalso-
zialistischen Gewaltherrschaft
Führungen durch das
Dokumentationszentrum
und über das Gelände des ehemaligen
Lagers
um 11 Uhr, 12 Uhr, 13 Uhr, 14 Uhr und
15 Uhr
Gedenkstätte Bergen-Belsen

So., 17.02.2007, 11:00 Uhr

Ein Tagebuch in Bildern.
Zsuzsa Merényi im Konzentrationslager
Bergen-Belsen
Führung mit Elke von Meding durch das
Dokumentationszentrum und über das
Gelände des ehemaligen Lagers
Gedenkstätte Bergen-Belsen

Ständige Termine:

Attac-Plenum

Jeden. 1. und 3. Di. im Monat
20 Uhr in der Deutschen
Angestellten Akademie,
Spörckenstr. 63

Ständige Termine:

Arbeitskreis "Eine Welt"

jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstrasse 29)

Weltladen Öffnungszeiten:

Di - Fr: 10-17 Uhr
Sa: 10 -13 Uhr

AK Ausländer

jeden 3. Mo. im Monat
18.00 Uhr Urbanus-Rhegius-
Haus, Fritzenwiese

Termine im Bunten Haus:

(CD-Kaserne
hinten links Halle 12)
Hannoversche Str 30f
29221 Celle, Tel.: 907927

Fahrradwerkstatt:

jeden Mi. ab 19 Uhr

Antifa-Cafe:

jeden 1. Mi. im Monat, 19.00 Uhr

Archiv

jeden Do., 17-19 Uhr

KDV-Beratung

jeden Do., 17-19 Uhr

Erwerbslosenini Celle

Individuelle Hilfe bei Problemen
mit dem ALG II
jeden Do., 17-19 Uhr

Rick's Café

Café-Termin von und für
MigrantInnen
2. und 4. Di. im Monat 16 - 19 Uhr

Plenum

jeden Do. 19 Uhr

Volxküche

jeden So. 18 Uhr

Forum gegen Atomenergie

jeden 1. Di. im Monat, 20.00 Uhr